

USA. außerordentlich befriedigt.

Washington, 8. Juli. (Wolff.) Im Staatsdepartement äußert man sich überaus befriedigt über die in Lausanne erzielte Einigung und begrüßt diese endlich gesundene Lösung des komplizierten Reparationsproblems als den Beginn einer neuen Epoche besserer Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Nach Ratifizierung des Reparationsabkommens ist man bereit, mit den Regierungen der einzelnen alliierten Schuldnerländer über eine Neuregelung ihrer Verpflichtungen in Verhandlungen einzutreten, falls diese Regierungen es wünschen. Man hofft jedoch, daß diese Verhandlungen bis nach den Wahlen im November verschoben werden, damit die Frage der Neuregelung möglichst aus dem Wahlkampf herausgehalten wird.

Rundfunkrede Papens.

Der Reichskanzler von Papen sprach am Abend von Lausanne aus in den deutschen Rundfunk über die Ergebnisse der Konferenz, wobei er die Gefahren, die Deutschland aus dem Scheitern der Konferenz erwachsen wären, in den schwärzesten Farben schildert und schließlich feststellt:

Das Ziel der Lausanner Konferenz, die völlige Beseitigung der Reparationen sei erreicht. In keiner wie immer gearteten Form werde Deutschland vom 1. Juli 1932 ab Reparationen aufzubringen haben. Der Youngplan ist gefallen. Zahlungen von über 33 Milliarden Mark mit Jahresleistungen von rund 2 Milliarden Mark sind beseitigt. Die endgültige Beseitigung der Reparationen stelle die Unabhängigkeit Deutschlands in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht vollkommen wieder her. Sie beseitige alle Bedingungen, die bisher noch aus dem Youngplan bestanden. Das Reich gewinne die volle Souveränität über Reichsbahn und Reichsbank zurück. In wirtschaftlicher Hinsicht werde durch diese Lösung der deutsche Kredit neu fundiert werden.

Seinen Mißerfolg in der Frage der Kriegsschuld und der Entwaffnungsbestimmungen sucht Papen durch ein paar allgemeine Phrasen zu verschleiern.

daß die äußerste Kraftanstrengung, die Deutschland bei dieser Konferenz gemacht habe, nur dann ihren Sinn und Wert haben werde, wenn die Auswirkungen der Lausanner Abmachungen zu einer Klärung derjenigen politischen Fragen führen, welche die Rechte des deutschen Volkes heute noch einengen. „Im Namen Deutschlands melde er heute schon den Anspruch vor der ganzen Welt an, als Volk mit gleichen Rechten und Pflichten behandelt zu werden. Dies betreffe u. a. die Frage der Kriegsschuld und der Wehrfreiheit. Die wiederhergestellte wirtschaftliche Freiheit und die Unabhängigkeit von anderen Ländern werden es der deutschen Regierung ermöglichen, nun auch die politische Freiheit zu erkämpfen.“

Ablehnung durch die deutsche Rechtsprelle.

Berlin, 8. Juli. Das in Lausanne erzielte Abkommen findet in der deutschen Presse keine günstige Aufnahme. Sowohl die der Regierung nahestehenden als auch die oppositionellen Blätter kommentieren das Abkommen sehr skeptisch und vielfach ablehnend. Insbesondere wird dem Kanzler Papen der Vorwurf gemacht, daß er unter dem französischen Druck auf die politischen Forderungen verzichtet habe und sich für den Abschluß eines Abkommens bloß auf finanzieller Grundlage gewinnen ließ.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, daß man das Ergebnis von Lausanne nicht mit Zustimmung aufnehmen könne. Das soeben abgeschlossene Abkommen bedeute die Fortsetzung der politischen Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenwerte und ohne Erfüllung jener politischen Voraussetzungen, die deutscherseits mit Recht als notwendig angesehen wurden.

Die nationale „Deutsche Zeitung“ bezeichnet das Lausanner Abkommen als unmögliche englische Lösung. Für Deutschland müsse auch weiterhin das einzige Ziel die Streichung der Reparationszahlungen sein, durch die Deutschland bereits bis zu einem unmöglichen Stand verblutete.

Einigung in Lausanne.

Deutschlands Erfolg:

Schlußzahlung von nur 3 Milliarden Mark.

Frankreichs Erfolg:

Kriegsschuld- und Entwaffnungsklausel bleibt.

Lausanne, 8. Juli. Während die gestrigen Konferenzen Macdonalds mit Herriot und von Papen, die bis in die ersten Morgenstunden andauerten, nur eine geringe Hoffnung auf einen Erfolg boten, ist es in den heute vormittags fortgesetzten Besprechungen der drei Staatsmänner doch zu einer Einigung gekommen. Um zwei Uhr nachmittags gab Herriot in bester Laune den Journalisten die vollzogene Einigung bekannt: „Ca y est“, Alles ist fertig! Wir rufen nicht Sieg, aber wir sind zufrieden!

Die Abmachungen beschränken sich allerdings nur auf die reinen Reparationsfragen, in denen Frankreich ziemlich günstige finanzielle Zugeständnisse gemacht und sich mit einer deutschen Schlußzahlung von 2,7 Milliarden Mark, auf viele Jahre verteilt, begnügt hat. Dagegen hat die deutsche Delegation ihren Versuch, einzelne politische Klauseln des Versailler Friedensvertrages, vor allem das Kriegsschuldbekenntnis und die „Diskrimination“ Deutschlands hinsichtlich der Rüstungsbeschränkungen durch den neuen Vertrag außer Kraft zu setzen, angesichts des hartnäckigen Widerstandes der Franzosen aufgeben müssen. Der neue Vertrag von Lausanne stellt also ein ausschließliches Reparationsabkommen unter Ausschluß alles politischen Beiverkes dar.

Die französischen Kreise in Lausanne sprechen, ohne das heutige Abkommen für einen eigenen Sieg oder für eine Niederlage Deutschlands zu erklären, ihre Befriedigung darüber aus, daß der Vorsitzende der französischen Regierung den diplomatischen Kampf um die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages ehrenvoll bestanden hat. Es scheint, daß die Franzosen von ihrem moralischen Erfolg in Lausanne hauptsächlich hervorheben, daß der Versailler Vertrag, hauptsächlich aber der Artikel 231, der von der Verantwortlichkeit für den Krieg handelt, unberührt bleibt.

Die Einzelheiten des Vertrages sollen heute abends in einer vertraulichen Vollziehung der Konferenz bekannt gegeben werden. Die feierliche Schlußfeier der Konferenz und die Unterzeichnung des Vertrages ist für morgen vormittags zehn Uhr angesetzt. Der Vertrag soll eine Präambel, eine politische Erklärung sowie elf Artikel enthalten.

Deutschlands künftige Leistungen.

Ueber den konkreten Inhalt der finanziellen Abmachungen wird folgendes bekannt: Die letzten Reparationszahlungen Deutschlands betragen drei Milliarden Goldmark, die nach einem dreijährigen Moratorium in 37 Jahren amortisiert werden.

Außerdem soll Deutschland auch weiterhin den Tilgungsdienst der Young- und Dawes-Anleihe fortsetzen. Ferner sollen die sogenannten belgischen Mark aus der deutschen Okkupationszeit zurückerstattet werden. Weiter wird Deutschland für die amerikanischen Befähigungskosten aufkommen.

Nach drei Jahren werden 5prozentige Obligationen in der Gesamtsumme von 2 Millionen 700.000 Goldmark zum Kurse von 90 Prozent ausgegeben. Die Obligationen, die innerhalb 15 Jahren keinen Abfall finden, werden (zugunsten Deutschlands) ungültig. (Die Young- und Dawes-Anleihe, die übrigens nicht unter die Reparationen fallen, erfordern 50 Millionen Goldmark jährlich.)

Das Wolffbüro bemerkt hierzu, daß die Franzosen von ihrer Forderung von 4,2 Milliarden auf 3 Milliarden heruntergesunken sind. Dafür werden Bonds zu einem Kurs von 90 Prozent ausgegeben, so daß die tatsächliche Summe sich auf 2,7 Milliarden, also ungefähr den Betrag beläuft, den die Engländer vermittelnd vorgeschlagen haben. Die Sachverständigen haben ausgerechnet, daß diese Summe bei Berücksichtigung der besonderen Ausgabebedingungen für die Bonds dem inneren Wert der 1,9 Milliarden entspricht, die aus dem Hooverjahr noch zu zahlen sind. An die Ausgabe der Bonds ist vorläufig überhaupt nicht zu denken, da ein Kurs von 90 Prozent nicht zu erzielen ist, solange die Younganleihe noch so niedrig steht. (Sie wurde gestern mit 64 Prozent notiert.) Ein weiteres Hindernis für die Ausgabe ist der niedrige Zinssatz, der 5 Prozent beträgt, gegenüber 6 Prozent der Younganleihe.

„Neuordnung der Welt.“

Das Abkommen von Lausanne, dessen Unterzeichnung morgen vormittag um 10 Uhr feierlich erfolgen wird, enthält nach einer Wolff-Meldung in seiner Präambel eine politische Erklärung. Diese betont, daß es sich um eine Neuordnung der Welt handle, in der das Vertrauen zwischen den Völkern, ihre völlige Wiederveröhnung und künftige Zusammenarbeit eingeleitet wird, und die ein völliges Ende der deutschen Reparationen bringt, daß aber diese Regelung noch nicht hinreicht, um das Ziel vollständiger Befriedigung zu erreichen, die eine wirtschaftliche und politische sein muß, und daß zu diesem Zwecke auch neuerdings die Verpflichtung bekräftigt wird, niemals an die Waffen zu appellieren.

Nach dieser Präambel folgt das Vertragswerk, das aus fünf Teilen besteht. In diesen wird behandelt:

1. das Abkommen mit Deutschland,
2. Uebergangsmahnahmen zu diesem Abkommen,
3. die Frage der Disreparationen, zu deren Regelung ein Komitee eingesetzt wird das Moratorium bis 15. Dezember verlängert wird,
4. eine Resolution betreffend Mittel- und Osteuropa,
5. eine Resolution des Lausanner Wirtschaftsausschusses betreffend die Weltwirtschaftskonferenz.

Wirtschaftsausschusses betreffend die Weltwirtschaftskonferenz.

Nach der erwähnten politischen Einleitung folgt ein Vertragstext, der in elf Artikeln die Frage der Schuldverhältnisse aus und seit dem Haager Abkommen vollständig regelt.

Es wird festgesetzt, daß das Haager Abkommen beendet und vollkommen ersetzt wird durch den Lausanner Vertrag.

und das wird im einzelnen ausgeführt. Die Sonderbestimmungen in bezug auf die Young- und Dawes-Anleihe usw., so wie die aufrechterhalten werden müssen, werden ausgeführt.

Dagegen werden alle übrigen unter dem Young-Abkommen und dem Hoover-Moratorium eingegangenen Verpflichtungen rückgängig gemacht. So wird das General-Zertifikat zurückgegeben, das unter dem Hoover-Moratorium überreicht wurde, und es wird die deutsche Goldanlage bei der WTB zurückgegeben; es werden auch die Verpflichtungen der Reichsbahn und der Reichsbank usw. aufgehoben.

Weiter ist festzustellen, daß in dem Abkommen neuerdings ein absolutes Moratorium, das heißt eine Frist, innerhalb deren auch unter dem vorgesehenen Kantelen des 90prozentigen Kurzes dieselben Reichsbonds nicht begeben werden dürfen, auf drei Jahre festgesetzt wurde. Nach deren Ablauf tritt eine 12jährige Schutzfrist ein, nach deren Beendigung die nicht bedingungsgemäß begebenen Stücke zugunsten des Reiches verfallen.

Soziale Arbeit gegen soziale Not.

Ueber aller Wirrnis, aller Qual, allem Hunger, allen Ungerechtigkeiten dieser Zeit, erhebt sich die soziale Arbeit, die jene leisten, die mit Ruhe und Verstand die Brücke zu einer neuen Welt schlagen. Was wäre die Welt ohne diese Arbeit, die oft nur das Resultat erbitterten Kampfes ist, denn nicht alle wissen, daß soziale Fürsorge letzten Endes Selbstschutz ist. Leider aber stehen Hunderttausende, da sie sehen, daß die halbe Menschheit zu verhungern droht, aller Fürsorge heute genau so verständnislos gegenüber, wie sie dieser Kulturarbeit vor dreißig und mehr Jahren gegenüberstanden sind. Glücklicherweise können diese Ewiggestrigen den Fortschritt nur hemmen, ihn aufhalten können sie ebensowenig auf diesem Gebiete wie wo anders.

Wohl fehlt der Fürsorgearbeit, die jetzt von einzelnen Körperschaften geleistet wird, ein Plan, der die Arbeit wirksamer macht, die Mittel sorgfamer ausnützt, doch ungeachtet dessen wird gegenwärtig auf sozialem Gebiete sehr Wesentliches geleistet.

Der Mieterschutz bildet die erste bedeutende Tat, die vollbracht wurde, entgegen aller Feindschaft der besitzenden Klasse und ein Rettungswerk für breite Schichten in furchtbarer Zeit. Wer wagt heute zu bestreiten, daß der Mieterschutz eine Kulturtat ersten Ranges ist! Zu ihm kommen die gesetzlichen Bestimmungen zur Bauförderung, so das Gesetz für den Bau von Kleinwohnungen. Durch Staatsgesetze wurde weiter die produktive Arbeitslosenfürsorge in den Vordergrund der Fürsorgearbeit gestellt, wurde die Ernährungsaktion eingeführt, kam das sogenannte Genter System zur Geltung, das es jedem Arbeiter möglich machte, sich wenigstens für eine bestimmte Zeit vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu sichern, das seit dem Wirken des Gen. Dr. Czech im Fürsorgeministerium wesentlich verbessert wurde, also eine, wenn auch bei dem Stande der heutigen Arbeitslosigkeit unbefriedigende, so doch immerhin bedeutende Hilfe für die Arbeitslosen darstellt und objektiv betrachtet ein großer Erfolg für die Arbeiterklasse ist.

Zu alledem wissen wir, daß aus staatlichen Mitteln eine Reihe anderer Aktionen ins Leben gerufen oder daß durch Staatssubventionen solche privater Körperschaften gefördert wurden, wie die Milch-, die Kartoffel-, die Bekleidungsaktion usw.

Das alles mag als verständlich erscheinen, denn schließlich hat der Staat die Aufgabe, für die Opfer der Wirtschaftskrise und einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu sorgen, wenn er geordnete Verhältnisse im Lande haben will. Daß trotzdem ein geradezu heroischer Kampf um alle Fürsorgemaßnahmen des Staates geführt werden mußte, das besonders aufzuzeigen ersparen wir uns an dieser Stelle.

Was neben dieser staatlichen Fürsorgearbeit geleistet wurde, verdient einmal eine eingehende Würdigung, wurde das doch alles nur möglich gegen eine Welt des Unverstandes, des trassierten Egoismus, der verderblichsten Feindschaft wider die hungernden Arbeiter. Allen voranzustellen ist bei einer solchen Betrachtung die Hilfe für die notleidende Jugend. Auf diesem Gebiete wurde Anerkennenswertes geleistet und es scheint, als ob in der nächsten Zeit noch mehr geleistet werden wird. Wenn seit Jahren großzügige Ferienaktionen für die bloßen Arbeiterkinder durchgeführt werden, so ist dies allein schon der öffentlichen Beachtung wert Tausende der unterernährten Jungen und Mädchen sind in den letzten Jahren durch Wochen

Genossen und Genossinnen, gedenkt bei Anlässen jeder Art der Arbeiterfürsorge durch Spenden!

hindurch in gesundheitlich bevorzugte Gegenden des In- und Auslandes gebracht worden, um hier unter der Aufsicht geeigneten Pflegepersonals und von Ärzten ihre verlorengegangene Gesundheit zurückzugewinnen. In besonderem Maße hat sich hier der Verband der Arbeiterfürsorge, der Verein der Kinderfreunde, unterstützt vom Fürsorgeministerium und auch von fortschrittlich geleiteten Krankenkassen, betätigt. Wir verweisen nur auf die Errichtung von Zeltlagern, die Inanspruchnahme von Erholungsheimen für diesen Zweck und auf die diversen lokalen Ferienaktionen, deren Erfolg keineswegs zu unterschätzen ist, denn sie brachten dem Kinde zum mindesten frische Luft, gute Kost und Bewegung.

In diesem Zusammenhange sei der in dieser schweren Zeit besonders wirkungsvollen Tätigkeit der deutschen Bezirksjugendfürsorge nicht vergessen. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben, über die soziale Arbeit der Jugendfürsorge während der Weltwirtschaftskrise zu urteilen. Wir erwähnen nur, daß die Institution zur Sicherung und Rettung der Gesundheit der armen Jugend ganz gewaltiges getan hat, und freuen uns sagen zu können, daß an dieser Arbeit die Sozialdemokraten großen Anteil haben.

Dort wo alle Faktoren, die für Fürsorgearbeit in Betracht kommen, zusammenwirken, war der Erfolg der Fürsorge weit größer als dort, wo die ganze Arbeit nur von Wenigen gemacht werden mußte. Wenn neben der staatlichen Aktion, noch eine Ergänzung durch Jugendfürsorge und Gemeinde zu verzeichnen war, kam man vielfach zu einem Ergebnis, das kleinliche Elemente veranlaßte, zu sagen: „Jetzt geht es den Kindern besser als früher.“ Daß es ihnen früher recht schlecht ging, davon wußten die armseligen Mütter meist wohl nichts.

So wurden neben den Milchspeisungen Suppenküchen errichtet, die besonders wichtig bei der Ernährung der Kinder in der Krisenzeit geworden sind, wurden Weihnachtssaktionen ermöglicht, die neben der Hilfe auch ein bißchen Freude in die Seele des Kindes brachten. Schließlich sei noch die Aktion „Kind zu Gast“ erwähnt, die in vielen Städten mit großem Erfolg betrieben wird. Tausende von hungernden Kindern kamen so zu einem ordentlichen Mittagessen. Kleidung wurde und wird gesammelt, ausgebessert und an Bedürftige weitergegeben, Brennmaterial verteilt, Wärmestuben wurden errichtet, kurzum, die Fürsorgearbeit in dieser Zeit ist so vielfältig, daß alle Arten und Formen derselben kaum in einer kurzen Betrachtung besprochen werden können.

Bei der Prüfung der bisher geleisteten Fürsorgearbeit ergibt sich, daß sie ungeheuer

viel Gutes schafft, daß ohne sie die Lage breiter Schichten der Erwerbslosen noch viel verwerflicher wäre, als sie ohnehin ist und daß sie manchmal ein Stück Lebenshoffnung wieder gibt. Diese Feststellung führt zur Erkenntnis, daß sie nicht nur fortgesetzt, sondern auch ausgebaut und planmäßig gestaltet werden muß. Ihr haften heute noch Unzulänglichkeiten an, von denen wir nur auf eine verweisen: die Vernachlässigung der Arbeitslosen und ihrer Kinder auf dem Lande. Um sie kümmert sich bis jetzt selten jemand. Die Quellen, die Geld

Spar- und Kontrollkommission vom Ministerrat beschlossen. Ernährungsaktion geht weiter.

Prag, 8. Juli. Der heutige Ministerrat hat, wie amtlich gemeldet wird, einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer permanenten Spar- und Kontrollkommission zugestimmt und die Mittel für die Ernährungs- und Milchaktion für Arbeitslose in der weiteren Periode bewilligt. Durchberatener wurde ferner der Bericht der politischen Minister über aktuelle Wirtschaftssagen. Weiters wurde die Frage der Organisierung der Einfuhr von Getreide, und Mahlprodukten und Maßnahmen für die Erleichterung des Getreideanlaufes aus der inländischen Ernte beraten. — Unter dieser etwas langatmigen Bezeichnung ist offenbar das geplante Einfuhrzölndikat zu verstehen.

Weiters wurden genehmigt: eine Regierungsverordnung über die amtliche Eichung von Getreidewaagen, das tschechoslowakisch-polnische Grenzstatut samt einem entsprechenden Regierungsentwurf für die Nationalversammlung, der Bericht über die Verhandlungen mit Deutschland über die Unterstützung tschechoslowakischer Staatsangehöriger in Deutschland und ein Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag mit der Schweiz vom 27. Juni d. J. Endlich wurde der Ernennung der Mitglieder und Erasmänner der Kuratorien des Allgemeinen und Besonderen Fonds für Nachkriegsverluste zugestimmt.

Unter den „laufenden Angelegenheiten“, die das amtliche Kommuniqué kurz abtut, soll nach einzelnen Mitteilungen auch ein abschließender Bericht des Innenministers über das Ergebnis der Untersuchung der Duzer Vorfälle zu verzeichnen gewesen sein. Ob der von einer Prager Korrespondenz verbreitete Auszug aus diesem Bericht authentisch ist, läßt sich augenblicklich nicht nachprüfen.

Die beiden Finanzvorlagen dem Senat vorgelegt.

Prag, 8. Juli. Nach zweiwöchiger Pause war für heute eine Plenarsitzung des Senates einberufen worden, um das inzwischen vom Parlament erledigte Vorferienpensum auflegen und den Ausschüssen zuweisen zu können. Inzwischen wird das Parlament in der nächsten Woche selbst noch tagen, so daß der Senat heute nur die beiden Steuerentwürfe über die Zuschläge zur Einkommensteuer und die Ehessteuer zugewiesen erhielt, die den Ausschüssen mit vierwöchiger Frist zugewiesen wurden. Die Gesetzesvorlage wurde vom Gewerbeausschuß nach der Plenarberatung bereits angenommen; der Budgetausschuß wird voraussichtlich Dienstag die beiden Vorlagen erledigen. Sie sollen dann am Mittwoch, den 13. ds., vor das Plenum des Senates kommen.

für die Fürsorge erschließen, sind fast ausnahmslos in der Stadt und dort wird es meist auch verwendet. Die Fürsorgearbeit muß, soll sie allen Hilfsbedürftigen dienen, zentralisiert werden, muß sich auf Land und Stadt erstrecken, kein Arbeitsloser darf dabei vergessen werden. Die Fürsorgearbeit weiter zu treiben, sie besser zu organisieren, wird nicht zuletzt Aufgabe unserer in Gemeinde, der Jugendfürsorge und in den in den sozialdemokratischen Fürsorgeorganisationen tätigen Menschen sein!

Die heutige Plenarsitzung beschäftigte sich mit dem Staatsrechnungsabschluß für 1939, der nach kurzer Debatte genehmigt wurde. Damit wurde gleichzeitig auch die nachträgliche Zustimmung zu den Budgetüberschreitungen einzelner Ressorts erteilt. Zu Beginn der Sitzung leitete Emil Keil, der Nachfolger Bedingers, dem bekanntlich wegen eines Staatsbürgerlichkeitsmangels vom Wahlgericht das Mandat aberkannt wurde, die Angelobung.

Regierungsentwurf über die Finanzprokuratoren.

Sie haben auch die Länder und Bezirke zu vertreten.

Die Regierung hat im Senat einen Gesetzentwurf über die Finanzprokuratoren eingebracht, die in den historischen Ländern bereits bestehen, während die gesetzliche Grundlage für die Rechtsvertretung des Staates in der Slowakei und Karpathenland durch die Vorlage erst geschaffen werden soll.

Finanzprokuratoren sind nach § 1 Staatsämter, die dazu berufen sind, für den Staat die Aufgaben eines Rechtsvertreters zu besorgen, d. h. ihn vor Gericht und über Ansuchen der zuständigen Ämter auch vor Behörden zu vertreten sowie den Staatsbehörden (staatlichen Unternehmungen) auf deren Ersuchen Rechtsgutachten zu erteilen und bei Rechtsangelegenheiten usw. in dem durch die Dienstinstruktion bestimmten Ausmaß mitzuwirken.

Neu ist die Bestimmung, daß in demselben Ausmaß die Finanzprokurator nunmehr auch zur Vertretung der Länder und Bezirke berufen sind.

Die durch Regierungsverordnung zu erlassende Dienstinstruktion bestimmt, inwieweit die Finanzprokuratoren auch andere juristische Personen oder Vermögen zu vertreten haben, wenn das öffentliche Interesse es erfordert oder dies bisher schon der Fall war.

Für die historischen Länder bleiben die bisherigen Finanzprokuratoren in Prag und Brünn weiter bestehen; für die Slowakei werden die bisherigen Rechtsabteilungen der Landesfinanzämter in selbständige Finanzprokuratoren umgewandelt und damit dieses Rechtsgebiet für das gesamte Staatsgebiet unifiziert. Die Finanzprokuratoren sind direkt dem Finanzministerium unterstellt.

Eine Ausnahme bilden lediglich die Ministerien für öffentliche Arbeiten und Eisenbahnen und die ihnen unterstellten, hiezu bevollmächtigten Behörden die in Grundbuchangelegenheiten selbständig den Staat vertreten können.

Detaillierte Vorschriften werden in einer eigenen Dienstinstruktion, respektive durch eine Regierungsverordnung erlassen werden.

Der Motivenbericht weist auf die Vorteile hin, die durch die Konzentrierung der Vertretung des Staates vor Gericht und den Behörden durch eigene Ämter und Beamte mit Abolatenprüfung entstehen, sowie auf die verhältnismäßige Billigkeit dieser Vertretung.

Ein plumpes Manöver Dr. Šmerals.

In den kommunistischen Zeitungen veröffentlicht der seit einiger Zeit wieder in der Tschechoslowakei tätige Dr. Šmeral unter dem Titel „Gemeinsame Not erfordert gemeinsame Taten“ einen bezeichnenden Artikel.

Eingangs spricht Šmeral von der wachsenden Not der Arbeiterklasse infolge der Weltkrise. Es bestehe keine Aussicht auf Besserung. Im Gegenteil: Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Oesterreich, wo die Krise eine solche Stufe erreichte, daß der Staat zum ersten nicht einmal seine Beamten, Polizisten, Offiziere und Soldaten bezahlen könne, seien ein Beweis dafür, wohin das kapitalistische System die ganze Welt führe.

Šmeral stellte die Frage: Was tun? Und spricht von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes, der allein verbinden könne, daß sich die politischen Verhältnisse bei uns so entwickeln wie in Deutschland. Diese Möglichkeit der realen Erfolge sei in der heutigen Zeit ein Grund, der auf die reformistischen Arbeiter stark wirke. Šmeral rät den kommunistischen Arbeitern zur Unterstützung dieser wichtigen Entwicklung, sich zu den reformistischen Arbeitern freundschaftlich und taktvoll zu verhalten, damit sie deren Vertrauen gewinnen. Damit ist zugegeben, daß die Kommunisten bisher die sozialdemokratischen Arbeiter unförmlich und tolllos behandelten!

Der schlau feint wollende Šmeral schreibt, daß es gelte, das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter für Aktionen sowie Kämpfe zu gewinnen, „für den gemeinsamen Kampf und gegen die Reaktion“. Den sozialdemokratischen Arbeitern schmeichelt er, während er gegen deren Führer nach alter Manier losgeht. Wörtlich höhnt er:

„Nicht einmal in der heutigen Zeit des verweirtesten Hungers der Massen und der unverschämten Kühnheit der Reaktion kann man damit rechnen, daß die sozialdemokratischen Führer, oder vielleicht einzelne von ihnen, die Tendenz hätten, ihre bisherige Taktik aufzugeben und die Arbeiter auf dem Wege des wirklichen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, gegen die kapitalistische Aufrechterhaltung des Staates, gegen die Reaktion zu führen.“

An dem Beispiel Deutschlands will Dr. Šmeral seine verleumderische Darstellung belegen demonstrieren. Es konnte so wie zur Zeit des Rapp-Butsches im ganzen Lande sein: Generalstreik gegen den Diller-Terror, gegen Hindenburg und gegen die Papen-Regierung der Hohenzollernschen Barone und Generale! Trotzdem weichen angeblich in der heutigen Situation in Deutschland, wo es sich nicht nur um die Legalität der kommunistischen, sondern der Arbeiterorganisationen überhaupt handelt, die sozialdemokratischen Regierungskreise jedweden ernstern Massenaktionen aus. Wo sie sie nicht verhindern können, versuchen sie, schreibt Šmeral, ihnen im entscheidenden Augenblick die Spitze die sich grundförmlich gegen die Bourgeoisie wendet, abzubrechen. Ihre Polizeipräsidenten treiben gewalttätig die Arbeiterdemonstrationen auseinander, ihre Gewerkschaftssekretäre brechen die Streiks. In diesem lieblichen, allerdings nicht unbekanntem Tone geht es weiter. Angesichts der schwierigen Situation, die hierzulande infolge des Genet Systems zum Faschismus, zur Zerrüttung der Arbeiterorganisationen führe, suchen, schreibt Dr. Šmeral, die reformistischen Führer „Inse Manöver“ aufzuführen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müßten sich bewußt werden, welche schicksalsschweren Folgen die bisherige Politik ihrer Parteileitung schon hat.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Dennoch, die Entscheidung kann nicht gleich schicksalsbedeutend sein für sie wie für mich. Trunken von Eifer, Glück und Zuversicht folge ich Herrn v. Kilar in die entscheidende Audienz bei Dr. Mahmann.

Ich werde gebeten, vor der Tür zurückzubleiben, bis man mich ruft. Die Gewißheit, daß Herr v. Kilar drinnen zu meinen Gunsten plädieren wird, nimmt diesen Worten die Unbehaglichkeit.

Dann weitet sich vor mir die unerwartete Leere eines riesigen Saales. Durch fünf breite Fenster strömt Sonne über die Hände. Meine Holzabgabe klappern peinlich in dem hohlen Raum. Ganz hinten in einer Ecke steht ein Schreibtisch, an dem die beiden Herren mich erwarten. Selbst Herr v. Kilara distrikt betonte Erhabenheit ertrinkt in den Dimensionen dieses unwahrscheinlich fahlen und hohen Gemaches.

„Herr Dr. Mahmann — Fräulein Brückner.“ stellt v. Kilar vor.

Ich begegne einem zögernden Lächeln, das auf halbem Wege gleichsam erstarrt.

Mahmann ist klein und stämmig, von schwach rötlicher Blondheit, mit wimperlosen, sehr hellen, ein wenig vorquellenden Augen.

Der Blick dieser glashellen Augen wandert in nachdenklicher Verlorenheit häufig zum Fenster hinaus, wird sinnend zurückgenommen und tastend über mich geschickt. Trifft er mir gerade ins Gesicht, so ergäuzt ihn ein Lächeln, das man bescheiden nennen könnte, wenn nicht überlegene und wohlbedachte Zähne den Eindruck einer gewissen Unsicherheit ins Verschlagene überseht.

Echtlich zögernd, sichtlich ungeschlüssig, minu-

tenlang zerstreut und wie mir scheinen will, in Gedankengänge verstrickt, die nicht mich betreffen, zweifelnd lachend, einfüßig und dennoch irgendwie zielbewußt stellt er Fragen und läßt mich antworten. Wieder dann wandern seine Blicke gegen die Halle des frei über den Gärten hängenden Himmels, verweilen dort lange und kehren in sich geendet zurück.

Ich bemühe mich trampfhaft, ein bestiges Mißbehagen zu unterdrücken. Eine Pause entsteht, eine halbe Minute lähmenden Schweigens, bei dem die Ledes des unwohligen Saales sich in mein Herz stürzt und alles verloren gibt.

Ich werfe Herrn v. Kilar hilfeleidend einen Blick zu. Er lachelt kaum merklich Gewährung, zieht aus einem Stapel blauer Aktenbündel ein Heft hervor und reicht es mir mit ermunterndem Nachdruck.

„Was hätten Sie uns beispielsweise über diesen Bewerber zu sagen?“

Ich blättere, lese und formuliere vorsichtig, was ich sehe und denke.

„Da ist zunächst die Photographie eines breittönigen, unfrohen Gesichtes, tragend gehobene Augenbrauen, die Mühseligkeit verraten.“

Arbeitszeugnisse bescheinigen ohne Wärme, daß der Werkstudent Erich Sogemann die ihm übertragenen Arbeiten gewissenhaft ausgeführt habe. Ein paar zu liebevoll ausgemalter Fragebogen verrät den Redanten. Mittelwägige Examenzeugnisse. Keinerlei sportliche Betätigung, keine Beteiligung an studentischer Selbsthilfe.

Anerkennenswert aber Durchführung schwerer körperlicher Verarbeit in Bergbau und Hüttenwesen. Doch läßt der Bericht über die praktische Tätigkeit fühlbar den geistigen Aufschwung über die Mühsale der Körperarbeit vermissen. Die Ausdrucksform ist unbeholfen. Der Wille, gründlich zu sein, beherrscht sämtliche „Mängel.“ Ein fleißiger, verlässlicher Arbeiter ohne Frage, aber ohne schlummernde Möglichkeiten, denn ein

Auslandstudium zu rascherer Entfaltung verhelfen könnte. Dem Lebenslauf nach ein Mensch, der sein Ziel trotz allen finanziellen Schwierigkeiten nicht verläßt und sich geduldig die letzte Anspannung abringt. Aber der Funke verheißungsvoller Begabung fehlt, der fröhliche Weiblich, die frische Kühnheit jugendlichen Wagemutes. Als Werkstudent im Auslande gewiß ausdauernd und verlässlich, aber kein Repräsentant des Deutschtums, wie wir ihn uns wünschen müssen. Ich würde ihn ablehnen, wenn es gilt. Führernaturen heranzuziehen, die die empfangene Eindrücke in lebendige Werte umwandeln sollen.“

„Danke“, sagt Herr v. Kilar und nimmt mir das Aktenstück aus der Hand.

Dr. Mahmann sieht mir mit spähender Neugier ins Gesicht. Jetzt hängt mein Herz an zu klopfen. Es wird aber keine Entscheidung ausgesprochen. Am Montag soll ich schriftlich Nachricht erhalten.

Wieder klappern meine Abfüße störend über das hohle Parkett. Die Herren hinter mir schweigen, bis ich draußen bin. —

Auf dem ganzen Heimweg versuche ich, Dr. Mahmanns Verhalten zu deuten. Er hat irgend-einen unerklärlichen Hinterhalt, das steht fest.

Später, viel später erfahre ich, daß zwischen ihm und Herrn v. Kilar eine geheime, unter der Maske auflösender Höflichkeit angetragene Freundschaft besteht. Diese Freundschaft nun verfügt nur über ein einziges Kampfmittel: den passiven Widerstand. Wenn also Herr v. Kilar, dessen Urteil entscheidet, mich für geeignet hält, so wird Dr. Mahmann es darauf anlegen, ihm in kürzester Zeit zu beweisen, daß er einen Mißgriff getan hat.

Wie gelogt, von diesem Verhängnis weiß ich zunächst noch nichts. Es bleibt nur ein unerklärlicher Nest in mir zurück, eine geheime Bangnis und Warnung, die ich immer wieder von neuem

zuzuschütten versuche mit Zuversicht und Vertrauen.

Doch so befreit ich auch bin vom Druck der unerhörten Spannung, so närrisch vor Freude und Dankbarkeit, als ich mein Anstellungsverhältnis am Dienstagmorgen aufbruche, es liegt eine winzige Hemmung im braudenden Ueber-schwang und ein heimlicher Strudel treibt im Strome befreiter Wünsche: Gefahr!

Nun ist dieser letzte Tag bei Wagner gegen alle Erwartung schwer von Abschiedswemul. Alles Feindliche und Kleine schwindet vor der Tatsache des Scheidens. Da steht die kleine Blondine, die mir lieb geworden ist, mit einem Strauß später Altern. Ich muß Hände schütteln und Wünsche entgegennehmen. Es sind ja meine Kollegen, gute treue Kollegen, die dasselbe Schicksal tragen wie ich.

Nebenan sitzt Heinz Wagner hinter Bergen unerledigter Post, die Stirn in Sorgen.

Meine Nachfolgerin arbeitet bereits seit zwei Tagen auf meinem Plage, ein freundliches, fortpulentes Mädchen. Ich habe fast neidvoll ihren Einzug mitangesehen, das mühselose Hineingleiten in ein vertrautes Element. Weder Neugier, noch Feindschaft, noch Freidheit sind ihr entgegengetreten. Um seines Kollegen Zugehörigkeit wird sie buhlen müssen in diesem Kreise. Und warum nicht? Weil sie selbst sich ohne Vorbehalte gibt. Ich erkenne bligartig den Fehler, der mir manche bittere Stunde eingetragen: in einem törichtem Hochmut hatte ich gedacht, mich ausschließen zu sollen aus einer Gemeinschaft, der ich durch Arbeit und Brot, durch die gleichen harten Lebensbedingungen doch unbedingt zugehörig war. Ich begegnete Mißtrauen, weil ich selbst nicht vertraute. Ich wurde ausgeschlossen, weil ich selbst mich heimlich ausnahm. Zum ersten Male, noch kaum mir bewußt, ohne ich etwas von der tragenden Kraft einer großen Gemein-samkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Kurz und gut: die sozialdemokratischen Arbeiter sollen sich unter Abwendung von ihren Führern in die „Einheitsfront“ einreihen. Gemeinsame Not erfordert gemeinsame Taten. Unter kommunistischer Führung natürlich!

Die alte plumpe Demagogie der Kommunisten, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern abzuspalten, versucht Herr Dr. Smeral aufs neue. Damit abermals bewiesen ist, daß es den Kommunisten gar nicht darum zu tun ist, die proletarischen Parteien zu einigen, sondern nur um die Gewinnung von Nachläufern, über die sie selbst das Kommando führen wollen.

Das ist bei uns und auch in Deutschland der Fall. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, während des Wahlkampfes zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höhnisch zurückgewiesen. Ausdrücklich bestätigt das Rundschreiben Nr. 11 des Zentralkomitees vom 4. Juni, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei.

In dem erwähnten Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf das der sozialdemokratische Parteivorstand verweist, heißt es unter anderem:

Wir müssen bei jedem Kommunisten Klarheit darüber schaffen, daß uns die Linie unserer Klassenpolitik dazu verpflichtet, vor allem die Sozialdemokratie zu isolieren, ihr die Arbeiter abzunehmen, weil das die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie, über den Hauptfeind, ist. Diese strategische Orientierung des Hauptstoßes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, daß wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der Sozialdemokratie Deutschlands allen anderen Fragen voranstellen. Wir schlagen die Sozialdemokratie am besten, indem wir die sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegsschneise gewinnen. Nur durch die Herausarbeitung und Klarstellung unseres Charakters als antifaschistische, antifaschistische Partei können wir wirklich erfolgreich die Sozialdemokratie erkennen. Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie bedeutet nicht unausgesetztes „Geschrei“ gegen die Sozialdemokratie, sondern vor allem selbständige Organisation des Klassenkampfes, wodurch wir die sozialdemokratischen Arbeiter zu uns herüberziehen und die Sozialdemokratie Deutschlands isolieren.“

Dieses kommunistische Geheimschreiben enthält in der Tat das kommunistische Gerede über die proletarische Einheitsfront als ein unredliches Manöver. Und ausgerechnet bei Dr. Smeral sollte dies nicht der Fall sein? Der kommunistische Plan, den Sozialdemokraten „die Arbeiter abzunehmen“, ist auf der ganzen Linie gescheitert; hingegen sind kommunistische Arbeiter in Massen zu den Nazi gelaufen. Die Nazi sind der Hauptfeind, er bedroht nicht allein unmittelbar die kommunistische Partei, indem er ihr die Arbeiter „abnimmt“, er bedroht die Arbeiterklasse in ihrer Freiheit. Wer sich in dieser geschichtlichen Stunde, da es um das Schicksal des Sozialismus geht, weigert, die proletarische Einheitsfront herzustellen, so wie es die kommunistische Partei Deutschlands tut, belastet sich mit einer Schuld, für die es vor dem Richterstuhl der Geschichte keine Sühne gibt.

Mit seinem albernen Manöver wird bei uns Herr Dr. Smeral ebenjowenig Glück haben, wie seine bornierten Freunde in Deutschland.

Nazi-Standale im Preußenlandtag

Zhr Amnestieantrag nicht durchgedrungen.

Berlin, 8. Juli. In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages wurde der Justizminister Dr. Schmidt, als er auf neuerliche Angriffe des nationalsozialistischen Abgeordneten Kube gegen die Richterschaft antworten wollte, von den Nationalsozialisten durch ohrenbetäubenden Lärm niedergeschrien. Da der Präsident nicht in der Lage war, die Ruhe wiederherzustellen, wurde die Sitzung unterbrochen. Der Minister verließ unter lärmigen Heulrufen der Nationalsozialisten den Sitzungssaal.

Auch im weiteren Verlauf der Sitzung des preußischen Landtages kam es immer wieder zu schweren Tumulten und es hatte oft den Anschein, daß eine tätliche Auseinandersetzung nicht mehr zu vermeiden sei.

Bei der Abstimmung über die von den Nazis vorgeschlagene umfangreiche Amnestie wurde die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Beseitigung des Einspruches des Staatsrates nicht erreicht. Für die politische Amnestie stimmten nur 274, dagegen 155 Abgeordnete, so daß der Staatsrat-Einspruch erhalten bleibt. Das Ergebnis wurde mit stürmischen Pfuirufen bei den Nationalsozialisten aufgenommen.

Abg. Kube (Nationalsozialist) erklärt, an dem „Amnestie-Schmarren“, den der Staatsrat vorgelegt habe, habe seine Partei kein Interesse. Nunmehr sei seine Partei dafür, daß gleich Schluß mit dem ganzen faulen Planwerk gemacht werde. Er schloß mit einem auf Hitler und Deutschland ausgerichteten Heil, in das die nationalsozialistische Fraktion einstimmt. Dann erheben sich die Nationalsozialisten und singen das Horst-Wessel-Lied. Präsident Kerrl verläßt seinen Sitz, so daß die Sitzung aufgehoben ist.

Hunger und Elend im Glasergebiet.

Ein erschütternder Bericht aus dem Haidaer Land.

Wer, von Haida über Arnsdorf, Blottendorf kommend den Tannenberg überschreitet, wird überrollt von der herben Schönheit der Natur, die sich dem Wanderer darbietet. Vor uns liegt das Tal von Fallenaue-Rittlich, das mit seinem Reichtum an Wald an die schönsten Gegenden des Böhmerwaldes erinnert. Fallenaue-Rittlich ist eine Gemeinde von ungefähr 1280 Einwohnern, die in normalen Zeiten fast durchwegs von der Glasindustrie leben. Es ist ein kunstfertiges Volk, das hier wohnt, Glasmaler, von denen fast jeder seine eigene künstlerische Methode hat und auch mit Recht stolz darauf ist. Einmal ging es gut in diesem Tale, war Wohlstand und Zufriedenheit zu Hause. Doch das ist lange her, jetzt ist die Not lässlicher Gast.

Wir versuchen nun festzustellen, wovon die Menschen heute leben. Alle unsere schlimmen Befürchtungen werden bei weitem übertroffen; was wir zu sehen bekamen ist nicht mehr Not, das ist nackter Hunger. Wollte man die Lage der hier wohnenden Menschen nach ihrem Aussehen und nach dem Aussehen ihrer Wohnungen beurteilen, müßte man glauben, daß es noch immer nicht so schlimm sein kann. Die Häuschen sind innen und außen sauber und rein und auch die Menschen sind sauber und rein gekleidet. Wir kommen zu der Familie B. L., Glasmaler der Mann. Es sind drei Kinder da im Alter von 3 bis 18 Jahren. Die größeren Kinder bedeuten, weil arbeitslos, statt einer Hilfe nur eine Last. Das Einkommen der Familie beträgt wöchentlich zwei Lebensmittellisten — 20 K. Davon soll die Familie leben. Auf meine Frage, was gekocht würde, meinte der Mann traurig: die Hauptsache ist Brot und Brenneffelsuppe. Sie und da einmal ein halber Würfel Margarine. An dem Tage unseres Besuches war aber keine da. Unser nächster Besuch gilt dem Glasmaler R. B. Er ist 40 Jahre alt, hat eine Frau und vier Kinder im Alter von zwei bis elf Jahren zu ernähren. Der Mann ist bereits durch drei Jahre die Miete schuldig. Arbeitslos seit dem Jahre 1928. Auf unsere Frage nach der Kost, geben die Brute zur Antwort, daß nun die Kartoffeln zu Ende seien und daß sie seit drei Wochen nur noch Brenneffeln und ein wenig Brot essen. Einkommen bei sechs Personen — zwei Karten, manchmal bekommt er auch noch eine dritte Karte. Josef A. Glasmaler, arbeitslos seit dem Jahre 1929, hat drei Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren, die Frau ist dauernd krank. Die Miete ist er schon lange schuldig. Er bekommt nirgendwo etwas geborgt. Einkommen: zwei Karten wöchentlich, manchmal, aber nur sehr selten, eine dritte. Und das für fünf Personen. Reinhold R., Glasarbeiter, arbeitslos seit 1929, hat vier Kinder im Alter von drei bis elf Jahren, ist seit langem ausgesteuert. Er ist die Miete, das Licht und den Wasserzins schuldig. Hauptnahrung: Brot und Brenneffelsuppe. Emil T., Glasarbeiter, arbeitslos seit 1929, ausgesteuert seit 1930. Er hat drei Kinder von vier bis zwölf Jahren. Die Kinder haben keine Schuhe mehr. Alle völlig unterernährt. Auf unsere Frage, ob die Gemeinde nicht helfen könnte, meint der Vorsteher, daß die Gemeinde am Ende ihrer Kraft sei. Es gibt in der Gemeinde derzeit 340 Arbeitslose mit 185 Kindern, das sind zusammen 525 Menschen, die von der Arbeitslosigkeit erfaßt werden. Und das jetzt im Sommer. Die Umlagenbasis der Gemeinde betrug im Jahre 1926 jährlich 31.000 K und im Jahre 1931 21.000 K. Die Gebühren für Licht und Wasser gehen nicht ein, kurz, die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage helfend einzugreifen. Von den vorhandenen Mitteln hat die Gemeinde 17.000 K im letzten Winter gegeben, jetzt kann sie nicht mehr. Was werden wir, weiß man nicht. Alle drei Glashütten stehen seit langem, es ist keine Hoffnung, daß sie bald wieder in Betrieb kommen werden. Beide Konsumvereine, der deutsche sozialdemokratische und der tschechische, bemühen sich, die Not noch Möglichkeit zu lindern. Die Schulden belaufen sich in jedem der beiden Konsumvereine auf zirka 40.000 K. Auch sie sind nicht mehr in der Lage zu borgen. Die Lebensmittellisten sind bereits lange vor der Ausgabe von dem Konsum und den Kaufleuten honoriert, so daß der Arbeitslose immer im Rückstande ist.

Wir gehen zurück und kommen nach Blottendorf. Hier stand die Wiege der Exportglasindustrie. Blottendorf hat zwei Glashütten, 14 Glasraffinerien und 116 Heimbetriebe, in der Hauptsache Maler und Schleifer. Von den 1200 Einwohnern des Ortes sind zirka 600 bis 650 in der Glasindustrie beschäftigt. Der Rest gehört anderen Berufen an. Alle diese Leute hatten ihr gutes Auskommen als die Glasindustrie noch beschäftigt war. Das ist heute vorbei. Blottendorf hat derzeit: 255 verheiratete, 108 ledige, 44 Witwen, zusammen 407 unorganisierte Arbeitslose. Dazu kommen noch 128 gewerkschaftlich organisierte Arbeitslose, von denen aber 107 bereits ausgesteuert sind, so daß der Stand der Arbeitslosen in Blottendorf 535 beträgt. Dazu kommen noch 225 Kinder. Es sind also von 1200 Einwohnern in Blottendorf derzeit 760, also weit über die Hälfte, ohne alle Mittel, das Leben zu fristen.

Wir kommen zur Familie A., zwei Kinder und die Frau. Der Mann bezieht keine Karten, sondern wöchentlich 32 K Arznenunterstützung, es sind noch zwei Söhne da, die je eine Karte beziehen. Das Einkommen beläuft sich in diesem

Falle auf 52 K. Gekocht wird früh und abends Suppe, zu mittag Kartoffeln. Sonntags gibt es zu mittag — Kaffee aus Gerste. Fleisch gibt es überhaupt nicht. Glasmaler Alfred G., arbeitslos seit 1931. Drei Kinder von ein bis vier Jahren. Kein Einkommen als die Karten. Nahrung: Kartoffeln und Brot, dazu Wasseruppe. Sie und da ein wenig Margarine. Franz M., Glasbläser, hat sechs Kinder von 8 bis 24 Jahren. Alle Kinder ohne Arbeit. Das einzige Einkommen sind die Karten. Er zeigt uns seine Kinder, alle unterernährt und elend. Die Wohnung ist nah und ungesund, er muß aber froh sein, in diesem Loch zu haufen, kann er ja nicht einmal diese schlechte Wohnung bezahlen. Vor drei Monaten ist ihm ein Kind im Alter von fünf Jahren gestorben. Er hatte kein Geld um das Begräbnis bezahlen zu können. Seine Heimatgemeinde Obermoldau gab ihm die nötige Summe, um das Kind begraben zu können. Der Mann schuldet im Konsum 2000 K und in anderen Geschäften 200 K auf Lebensmittel. Jetzt ist der Kredit zu Ende. Er sagt uns mit Tränen in den Augen, daß für morgen kein Brot mehr da ist und die Karten erst in drei Tagen ausgegeben werden. Der Mann ließ sich verleiten in die kommunistische Gewerkschaft einzutreten. Er hat natürlich nur einen ganz kleinen Teil seiner Rechte erhalten. Derzeit schuldet ihm die rote Gewerkschaft zirka 1600 K. Hermann B., Glasmaler, fünf Kinder im Alter von 5 bis 13 Jahren. Keinen Verdienst. Er wurde von der roten Gewerkschaft ebenfalls um viele Hunderte von Kronen betrogen. Fr. S., Glasmaler, seit einem Jahre arbeitslos, drei Kinder im Alter von 2 bis 12 Jahren. Er hat ein Einkommen von wöchentlich 29,50 K. Arznenunterstützung. Dazu bekommt er hier und da noch eine Karte. Ein Kind ist krank, der Arzt sagt, das Kind müsse Fleischsuppe und überhaupt kräftige Kost bekommen. Es mangelt aber an Brot. Die Frau zeigt mir, daß sie nur für Brot 176 K schuldig ist. Sie hat versucht zu betteln, aber die Menschen sind hart. Sie hungern alle fünf. Heinrich S.,

Der deutsche Bürgerkrieg.

Harburg a. d. Lahn, 8. Juli. In Rausheim im Kreise Biedenkopf sollte gestern abends eine nationalsozialistische Versammlung stattfinden. Als die Nationalsozialisten in den Ort einzogen, wurden sie mit einem Steinhagel empfangen. In der Wirtschaft des Ortes kam es zu einer Schlägerei. Auf der Straße setzte sich dann das Steinbombardement fort. Die Polizei war machtlos. Den Nationalsozialisten gelang es schließlich, ihre Autos wieder zu erreichen. Auf der Fahrt wurden sie immer wieder mit Steinen beworfen. In Hermannstein kam es zu einer zweiten schweren Schlägerei, bei der auch Schüsse gewechselt wurden. Etwa dreißig Personen sind verletzt worden, davon neun schwer. In Rausheim verweigerten die Einwohner die Unterbringung der Verletzten in ihren Häusern.

Königsberg, 8. Juli. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurde ein Nationalsozialist durch einen Zahn verletzt. Besonders wurde aus den Häusern Schwefelsäure auf die Menge gegossen, wodurch ebenfalls mehrere Personen leichte Verletzungen erlitten.

Beurlaubung von Beamten?

Oesterreichischer Gesandtschaftsbesuch angekündigt.

Wien, 8. Juli. Die Regierung hat heute dem Nationalrat das Nachtragsbudget und die damit zusammenhängenden Entwürfe über Zoll-erhöhungen für Kolonialwaren und Gewürze, über einen Arznenzuschlag zur Warenumschlagsteuer und außerordentliche Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge vorgelegt.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab zu den Entwürfen eine Erklärung ab, worin er auf den Zusammenhang des Nachtragsbudgets mit den laufenden Verhandlungen sowie darauf verwies, daß es der österreichischen Regierung ernst damit sei, Oesterreich trotz der ersten Wirtschaftskrise aus der Not herauszuführen. Eine Inflationspolitik werde die Regierung nicht betreiben. Zum Arbeitslosenproblem übergehend, erklärte der Bundeskanzler, daß der Gesandtschaftsbesuch der „freiwilligen“ Arbeitsdienst schon am 1. August in Wirksamkeit treten werde. Zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung sei an Weg- und Straßearbeiten gedacht. Zwecks Verringerung des Beamtenkörpers werde die Regierung einen Gesandtschaftsbesuch über die unter gewissen Voraussetzungen zu erfolgende Beurlaubung von Beamten vorsehen.

Rußland — China.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und Nichtangriffspakt?

Tokio, 8. Juli. (Reuter.) Die chinesische Regierung hat Sowjetrußland die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vorgeschlagen, um über einen gegenseitigen Nichtangriffspakt verhandeln zu können. Der Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Karachan erklärte, Sowjetrußland sei zur Wiederaufnahme der normalen

Beziehungen bereit, ungeachtet dessen, ob über einen Nichtangriffspakt verhandelt werden würde oder nicht. In amtlichen Tokioter Kreisen glaubt man, es handle sich hierbei um ein chinesisches Manöver (?), das dahin hinausläuft, auf Japan in Anbetracht der Erledigung der mandchurischen Frage einen Druck auszuüben.

Einen großen Teil der Schuld an dem großen Elend trägt die rote Gewerkschaft, die es seinerzeit verstanden hat, viele Mitglieder von der freien Gewerkschaft zur roten Gewerkschaft herüberzuziehen. Heute ist es so, daß diese Leute 800 bis 2000 K an Unterstüngen zu fordern haben.

Die Gemeinde ist am Ende ihrer Kraft angelangt. Nach Angabe der Lehrer erfolgt der Schulbesuch höchst unregelmäßig, aus dem einfachen Grunde, weil die Kinder betteln gehen.

Ebenso schlecht steht es in Arnsdorf. Die Marktgemeinde Arnsdorf hat 3500 Einwohner. Von diesen sind 1255 arbeitslos. Nimmt man die 350 Kinder dieser Arbeitslosen hinzu, so sind in Arnsdorf 1605 Menschen dem Hunger verfallen. Auch hier ist das selbe Bild des Jammers und des Elends. Die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage zu helfen. So wie hier ist es noch in einer ganzen Reihe von Orten des Glasindustriegebietes.

Was hier mitgeteilt wurde, sind Ziffern, die durch die Gemeindegremien festgestellt wurden und jederzeit kontrolliert werden können. Die Namen, die nur angedeutet wurden, können jederzeit genannt werden. Hier kann gesagt werden, daß ein ganzer Volksteil am Sterben ist. Kommt nicht rasche Hilfe, so kommt im Winter unzweifelhaft der Sterb, wenn nicht noch schlimmere Krankheiten. Jenen Herren aber von der agrarischen Seite, die sich nicht genug tun können im Schreien gegen die Lebensmittellisten, wäre anzuraten, nur einmal eine einzige Woche unter den hungernden Arbeitern dieses Gebietes zu verbringen und von den Karten zu leben. Wir verlangen nicht viel, nur eine bessere Zuweisung von Lebensmittellisten. Kommt diese nicht, müßten alle die Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Wilhelm Kahabla.

diplomatischen Beziehungen mit China bereit, ungeachtet dessen, ob über einen Nichtangriffspakt verhandelt werden würde oder nicht. In amtlichen Tokioter Kreisen glaubt man, es handle sich hierbei um ein chinesisches Manöver (?), das dahin hinausläuft, auf Japan in Anbetracht der Erledigung der mandchurischen Frage einen Druck auszuüben.

Der Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

enthält folgende Namen: 1. Bels, 2. Crispian, 3. Vogel, 4. Breitscheid, 5. Hilferding, 6. Juchacz, 7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Reiche, 10. Stampfer, 11. Rarum, 12. Scheffel, 13. Tarnow, 14. Volter, 15. Seppel, 16. Püßl, 17. Bernhardt, 18. Stelling, 19. Stüden, 20. Gellert, 21. Polenitz, 22. Sievers, 23. Simon, 24. Pfänder, 25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwertfeger, 28. Schiffgens, 29. Westphal, 30. Horlacher.

Rücktritt der Thüringischen Regierung.

Weimar, 8. Juli. (Eig. Draht.) Die Thüringische Regierung hat am Donnerstag den Rücktritt beschlossen. Sie hat zur Begründung an den Präsidenten des Landtages folgendes Schreiben gerichtet: „Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes 1932 sind vom Landtag Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist. Wir treten deshalb als Mitglieder der Landesregierung zurück. Weimar, 7. Juli 1932.“

Es handelt sich bei den Landtagsbeschlüssen, die die Regierung glaubt nicht durchführen zu können, um ein von der sozialdemokratischen Partei eingebrachtes Gesetz, wodurch eine Verordnung der Regierung aufgehoben werden soll, in der bestimmt wurde, daß der Mieterzuschlag in Thüringen aufgehoben und die Mieter 20 Prozent höher zur Miete herangezogen werden können, wenn die jährliche Miete nicht mehr als 180 Mark beträgt, ferner um den sozialdemokratischen Antrag, wonach die ungerechte Lohnsummensteuer für die Konsumgenossenschaften, die unter der Regierung Fried eingeführt worden ist, aufgehoben werden soll. Die Steuer beträgt 6 v. H. der Lohnsumme. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge erfolgte im Landtag mit der Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und des Staatsparteilers gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien in Abwesenheit der Nationalsozialisten. Diese hatten sich vor der Verantwortung gedrückt.

Sozialdemokraten fordern Auflösung des Landtages.

Weimar, 8. Juli. Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Landtag von Thüringen heute mittags einen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages, der sich bereits im Sommerurlaub befindet, ein. Auf der Tagesordnung soll die Auflösung des Landtages stehen. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Landtages dürfte Annahme finden, da sich bisher die Nationalsozialisten und Kommunisten für eine Landtagsauflösung eingesetzt haben.

Tagesneuigkeiten

Keine Hoffnung

auf Rettung der Promethée-Mannschaft.

Paris, 8. Juli. Die Hoffnungen, daß die Besatzung des U-Bootes „Promethée“ vielleicht noch am Leben ist, hat sich als trügerisch erwiesen.

Mit Rücksicht darauf, daß das U-Boot wegen der eingetretenen Nacht nicht rasch auf dem Meeresboden gefunden und sofort an die Oberfläche gehoben werden konnte, haben die Marinekreise die Hoffnung verloren, daß die Rettung der Vermissten — es sind im ganzen 66 Personen — gelingen werde.

Nach Mitteilung des Marineministeriums hat der Aviso „Albatros“ heute die Lage des gesunkenen U-Bootes festgestellt und die Leuchtphosphorboje gefunden.

Die Taucher versuchten mehrmals, eine Telephonverbindung zu erhalten, doch blieb ihr Rufen und Klopfen an den Wänden ohne Antwort. Im Boot war zwar für 36 Stunden hinlänglich Luft, doch nehmen Seelenute an, daß das U-Boot, welches gestern nachmittags bei offener Schotten fuhr, sofort vom Wasser überspült wurde und die Mannschaft so ertrickte. Als Ursache des Scheiterns wird angenommen, daß das U-Boot in ein sogenanntes Seeloch geraten und von einem heftigen Strudel niedergedrückt wurde.

Der Kommandant des Bootes beteiligte sich den ganzen Nachmittag an den Rettungsarbeiten. Nachmittags wurde er von der Untersuchungskommission der Marineoffiziere verhört. Er vermag nicht die Ursache der Katastrophe anzugeben. Er befand sich im Augenblick der Katastrophe mit sechs Matrosen auf der Beobachtungsbrücke auf Deck. Plötzlich hörte er einen starken Lärm und fühlte gleichzeitig, wie der Boden rasch unter seinen Füßen schwindete. Gleichzeitig wurden er und sechs Matrosen durch Gegenwind über das Wasser emporgeschleudert. Ein Zusammenstoß des Unterseebootes oder das Rammen irgend eines Hindernisses sei ausgeschlossen. Eher handelt es sich um einen plötzlich eingetretenen Defekt in der Maschineneinrichtung.

Die Gesamtzahl der Vermissten beträgt nach den letzten Feststellungen 62.

Das U-Boot ist so groß — 90 Meter lang — daß eine Hebung an die Oberfläche vorderhand unmöglich ist. Es liegt in einer Tiefe von 75 Metern.

Hitlers Wind.

Im „Angriff“ war dieser Tage die Schilderung einer Autoreise von Tessa nach Berlin zu lesen. Eine solche Fahrt ist an sich nichts Besonderes, aber zur Besonderheit wurde sie für die Leser des „Angriffs“ gestempelt, weil an ihr kein Geringerer als Herr Goebbels persönlich teilnahm. Kein Wunder, daß bei dieser feierlichen Gelegenheit das Ohr und das Hirn Schmod's überknappten: Schmod behauptet nämlich nichts geringeres, als daß der Wind, der bekanntlich nur bei Nazi-Autos vorüberbraust, ein kräftiges „Heil Hitler“ schrie.

Vor der Reichspräsidentenwahl waren es in der Nazipresse die Propeller des von dem „Führer“ benutzten Flugzeuges, die ihr „Heil Hitler“ brüllten. Die Liste läßt sich aber noch verlängern: es gibt wenig in Natur und Technik, was der Schmod des „Angriff“ in Deutschland nicht hitlerisch sein läßt. Er ist, so scheint es, ein medizinischer Fall, dem schwer zu helfen sein wird: er sieht schon heute alles in der Dritten-Reichs-Dimension.

Wir wollen nicht kleinlich sein. Schmod meint, daß das Dritte Reich vor der Tür steht — darin wollen wir ihm nicht ganz folgen; aber daß es vor der Schulschleuse steht, das ist sicher, denn da, wo es etwas zu lernen gibt, kommt ein echter Nazi gewiß nie hinein. Begreiflich, daß es ihm da auch auf ein paar Verbalhornungen der deutschen Sprache nicht ankommt. Wie wäre es also, wenn das Repertoire noch ein bißchen erweitert werden würde? Wie wäre es, wenn man die tote und lebende Materie noch andere Dinge aus dem reichen Schatz der nationalsozialistischen Volkssprache singen und sagen ließe? Wenn die Bäume, an denen sie uns gern hängen sehen möchten und die doch deshalb entsprechend ausgebildet werden müssen, ein kräftiges „Deutschland erwache!“ riefen? Oder wenn zum Beispiel die Kinderwagen der Nation ein dreifaches „Juda verrecke!“ quatschten?

Erstens glauben ja die Nazis sowieso, daß ihre Bäume in den Himmel wachsen — warum sollen sie dann auch nicht, wie sich das für ein rechtliches Himmelswunder gehört, gelehria sein? Zweitens finden wir die nationalsozialistische Presse, seitdem Schmod sie schmückt, sowieso zum Quatschen. Und drittens können die Vögel doch wahrlich mehr Abwechslung für ihre Großchen verlangen, denn „Heil Hitler“ schreit doch heute sowieso schon jeder Schaf.

Erich Gottgetreu.

Unternehmerterror. Wie wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, kam es zum erstenmal in der Geschichte des tschechoslowakischen Films vor wenigen Tagen zu einem Streik der Komparier wegen der unmöglichen Arbeitsbedingungen. Die bei den Arbeiten an dem Film „Vor der Matura“ beschäftigten Studenten wollten es nicht länger dulden, daß ihnen für zehn bis elfstün-

Alltag im Kriminal.

Was ein „politischer“ Untersuchungshäftling erzählt.

Noch befinden sich fünf junge sudetendeutsche Leute seit vier Monaten wegen angeblicher halentreuzerischer „Anschläge“ gegen die Republik in der Untersuchungshaft des Pantrazer Gefängnisses, wogegen sich die Drahtzieher der angeblichen „Aktion“ des besten Wohlbefindens erfreuen. Bei aller Ablehnung der „Ideale“ dieser mißbrauchten Jugend kann man sich einem menschlichen Mitgefühl mit ihrem Los nicht verschließen. Wir bringen nachstehend eine Unterredung unseres Berichterstatters mit einem „politischen“ Untersuchungshäftling mit dem Wunsch, daß sich an maßgebender Stelle endlich die Erkenntnis Bahn brechen möge, daß die heutige Form des Strafvollzuges und der Strafsicherung dem Rechtsempfinden des modernen Menschen völlig widerspricht. Die Red.

Ein junger Schriftsteller befand sich wegen eines Pressedeliktes, von dem hier weiter nicht die Rede sein soll, in den Armen der Justiz. Da er sich nur vorübergehend in der Republik aufhielt und daher hier „keinen dauernden Wohnsitz“ hatte, nahm man ihn in Untersuchungshaft. Ueber seine Erfahrungen aus dieser Prüfungszeit äußerte er sich mir gegenüber wie folgt:

In der „Chtyra“.

Ich wurde von einem Detektiv verhaftet. Man brachte mich auf die „Chtyra“ (Abteilung 4, d. i. die Kriminalabteilung der Polizeidirektion). Im allgemeinen verfuhr man höflich mit mir. Ich sah bei dieser Gelegenheit, daß auch die Polizeidirektion die Klassenunterschiede hochhält. Es gibt eine „Intelligenzabteilung“ im obersten Stockwerk, geräumiges Zimmer zu fünf bis sechs Einzelbetten. Hierher kommen Leute, die entweder Geld haben oder ihrer Standesangehörigkeit nach zu den „höheren Schichten“ zu rechnen sind. Außerdem gibt es eine Abteilung für gewöhnliche Sterbliche mit durchlaufenden Holzpritschen. Es soll auch noch Kellerräume geben, wo die ganz „Schweren“ hinkommen. Diese Räume sollen khorderrhöft sein.

Ueberall aber wimmelt es von Wanzen. Ich war in der „Intelligenzabteilung“ zunächst beisammen mit einem Großbetrücker, einem Notzuchtler, einem Taschendieb und einem Berufsbetrücker. Natürlich wechselt der Besatz: Unweigerlich aber wurde jeder Ankömmling mit der Frage empfangen: „Unschuldig?“ Wenn er bejahte, folgte allgemeines Gelächter.

Was die Verpflegung betrifft, reichen keine Worte aus. Eine Suppe, für die die Bezeichnung „Spüllich“ eine Schmeichelei wäre. Als Zusätze Reis, Erbsen, Graupen und dgl. Alles aber ohne Salz und merkwürdigerweise mit Muskatblüten gewürzt. Freilich kann sich jeder für sein Geld ein Brotkrumen holen lassen, auch Zigaretten und Sonstiges. Einmal hörten wir ein schreckliches Geheul aus den unteren Stockwerken, von den Zellengenossen nicht sachverständig und meinten: „Cho! Da seifen sie wieder einen.“

Die Arbeitsleistung im Durchschnitt 25 Kronen Tagesgage bezahlt werden, wobei sie noch unbezahlt immer auf ihre Arbeitsstelle warten mußten. Der Student J. Polak, der die Forderungen seiner Arbeitsgenossen dem Produktionsleiter Julius Schmitt überreichte, wurde daraufhin vom Regierassistenten Jerhot sogleich sicher gestellt und nach wenigen Tagen entlassen, als man die erregten Studenten durch teilweises Entgegenkommen beruhigt zu haben meinte. Es wurde ihm bedeutet, daß dergleichen „kommunistische“ Untriebe im tschechoslowakischen Film nicht geduldet würden; dafür entsprach dieses unerhörte Ausbeutungssystem wahrscheinlich dem „Volksinteresse“, wie die nationalen Scharfmacher zur Rechtfertigung ihrer unsinnigen Filmpolitik immer wieder behaupten. Pitant an diesem neuen Beispiel von Unternehmerterror ist die unbestrittene Tatsache, daß der große „sozialistische“ Schriftsteller Bančura ebenso wie der offiziell mehr als laus gerichtete Komponist nicht einmal den Mut gefunden haben, sich mit einem Sterbenswörtchen der ausgebeuteten Studenten anzunehmen und vor allem ängstlich darauf achteten, daß der Skandal nicht durch die Presse der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Beim Geldverdienen vereint sich eben alles und bei der eigenen Tasche hört auch das größte Scharfmachertum der begeistertsten Arbeiterkreise auf: erst durch die mutige Haltung des „Právo Lidu“ in dieser Angelegenheit konnte also festgestellt werden, wie in der Filmbranche unter dem Augenmantel des Patriotismus Menschenrechte und Arbeitsgelder mit Füßen getreten werden.

Die Trinkgeldfrage. Das Ernährungsministerium hat den Bedenken der Bedingungen mitgeteilt, unter denen ein perzentueller Zuschlag zu Speisen und Getränken in Gastwirtschaften zulässig ist. Nach diesen Bestimmungen darf der Zuschlag nur für das Bedienungspersonal Verwendung finden. Die Hoteliers sollen in Zukunft keinen Anteil mehr daran haben und es ist auch nicht gestattet, daß dort, wo dieser Zuschlag eingehoben wird, Trinkgeld ermahnt oder angenommen wird. Die Betriebe, die den

Wozu man allerdings nichts sagen kann, weil zu solchen „Seifereien“ keine Augen geladen zu werden pflegen.

In Pantraz.

Auf mein energisches Andringen um Beschleunigung hin wurde ich nach fünf Tagen dem Pantrazer Gefängnis übergeben. In dem grauen Polizeiauto lag eine sehr gemischte Gesellschaft. Drei Straßendameln darunter. Was sich während der Fahrt begab, ist nicht zu schildern.

In Pantraz wurde ich zunächst eingesperrt. Der Arzt benahm sich mir gegenüber überaus zuvorkommend. Dann kam ich in die Zelle. Meine Zellengenossen waren: ein professioneller Fahrraddieb, ein Mittelschulprofessor, der unter Anklage der widerrechtlichen Anzucht stand, und zwei Betrüger großen Maßstabs. Der Professor meinte fast unausgesetzt, die zwei Betrüger erzählten mit heiterer Miene von ihren Heldentaten, und ich als „politischer“ Häftling stand ziemlich ratlos dabei.

Zur Verrichtung der Notdurft ist in einer Ecke des Zimmers ein Verschlag eingerichtet, wo ein Kübel mit einem angeblich hermetisch schließenden Deckel steht. Von der Luft in dem Raum will ich nicht weiter sprechen. Die Hauptqual aber ist die Beschäftigungslosigkeit. Eine Stunde ist ein unermeßlicher Zeitraum, ein Tag eine Ewigkeit.

Das Essen ist ausreichend und doch hungert man ewig. Weil man nichts zu tun hat und daher mehr an seinen Magen denkt als nottut.

Kameradschaft.

Wohnhaft ersehnternd aber ist der Eindruck der verstoßen und unbedingten Kameradschaft, die in diesen Mauern herrscht und der sich niemand entziehen kann. Man raucht in der Zelle, obwohl das verboten ist, denn offiziell ist für das Rauchen nur die eine Stunde Morgenpazierung freigegeben. Und alle diese Diebe, Betrüger und andere Gauner setzen aufs redlichste den letzten Zug Tabakrauchs mit ihren Zellengenossen. Eine schmierige, abgebrauchte Zigarettenspitze geht von Mund zu Mund. „Jeder Mann einen Schluck.“ Und keiner mißbraucht sein Recht.

Und die Behandlung?

Sie ist, mit einem Wort zu sagen: forrest. Man ist kein Mensch, man ist die Nummer so und soviel. Die Organe wachen darüber, daß die Nummer soundsoviel am Leben bleibt. Nicht mehr und nicht weniger. Man ist kein Mensch mehr, sondern eine Sache, die der Justizverwaltung zur Aufbewahrung übergeben wurde. Wehe aber dem, der sich den geringsten Widerspruch gegen diese allmächtigen Organe erlaubt. Es gibt Disziplinarstrafen, die die Nerven des abgeharteten Frontkämpfers erschüttern müssen.

Verühmte Kriminologen haben das Gefängnis als „Hochschule des Verbrechertums“ bezeichnet. Man kann sich nach Vorliegendem vielleicht eine Vorstellung von der Wahrheit dieses Wortes machen.

Zuschlag einführen, müssen das an sichtbarer Stelle im Lokal bekanntgeben. — Im Interesse des Personals vor allem in den Hotels, wäre zu begrüßen gewesen, wenn man mit diesem Erlaß gleichzeitig die gesamte Trinkgeldfrage endgültig erledigt hätte, um damit aller Willkür im Gastgewerbe ein Ende zu bereiten. Denn dort, wo der Zuschlag nicht eingehoben wird, ist das Personal weiter auf das Trinkgeld angewiesen, dort wird man weiter, wie bisher, vielfach zwei bis drei Prozent dieses Trinkgeldes an die Hoteliers abführen müssen, dort wird man weiter das Personal die gesamten sozialen Lasten tragen lassen und wird, in vielen Fällen weiter einen Teil der Regie aus den Trinkgeldern der armen abgeschundenen Stubenmädchen und Kellner bezahlen lassen.

Katastrophales Unwetter im Obererzgebirge. Aus Weipert wird uns geschrieben: Das Obererzgebirge im Abschnitt Weipert-Bärenstein-Wiehlenthal war am Mittwoch und in den Frühstunden des Donnerstag der Schauplatz einer außerordentlich heftigen Unwetterkatastrophe. Nach der zweiten Mittagsstunde entlud sich über Weipert und Umgebung ein etwa eine halbe Stunde andauerndes Gewitter, verbunden mit starken Regengüssen. Am Abend ballte sich gegen neun Uhr abermals dunkles Gewölbe drohend am Horizont zusammen, neues, schweres Unwetter kündend. Das kurz darauf hereinbrechende Gewitter war von besonderer Heftigkeit; Eine volle Stunde hindurch juckten die Blicke, dröhnte der Donner und rauschte der Regen. Zeitweilig glüht der Himmel einem rasenden Feuermeer. Neben zahlreichen Einschlägen in den Wäldern waren auch im Ortsteil Weipert-Neugesdrei Einschläge zu verzeichnen. Ganz besonders heftig entlud sich das Unwetter über der sächsischen Nachbargemeinde Grumbach, wo durch Blitzschläge die Telefon- und Lichtleitungen zerstört wurden. Ein Blitzstrahl traf das Anwesen des Gutsbesitzers Vogel. Dort schlug der Blitz in eine fast zehn Meter vom Hause entfernte Baumgruppe und sprang von da auf das Wohngebäude über. Die Wohnstube, in die Ziegelsteine, Verputz, Mauerbruchstücke usw. einschleudert wurden, war ein einziger wüster Trümmerhaufen. Der in der Stube befindliche Sohn des Besitzers er-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prog. 6.15: Gymnastik. 10.15: Schallplatten. 12.05: Blasmusik. 18: Deutsche Sendungen. Klassische Operetten. 22.25: Tanzmusik. — Brünn: 18: Deutsche Sendung: Macabrynsti: Klavier- und Violinfort. 19: Militärfort. — Pöhlitz: 10.15: Schallplatten. 17.50: Violinfort. 21: Orchesterfort. — Prag: 19.30: Heitere Berliner Musik. — Breslau: 18.45: Cellomusik. 20: Volksrätliches Konzert. — Hamburg: 19.10: Reiseerzählungen. — Königsberg: 20: Musikalisches Durcheinander. — Leipzig: 11.30: Bach-Kantate. 17: Walkerstunde. 21.50: Festkonzert. — Mählar: 12: Süd-deutsche Barockmusik. — München: 18.50: Lieder und Madrigale. 19.15: Orchesterfort. — Wien: 11: Sinfoniekonzert. 13.30: Mandolinenkonzert. 13.30: Kammermusik. 19.30: Lieder und Arien.

litt sowohl durch den Blitzschlag als auch durch die umherfliegenden Ziegelstücke schwerste Verletzungen und wurde beunruhigendlos aus dem Hause getragen. Er hat eine Mund- und Augenlähmung erlitten und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. — In den frühen Morgenstunden des Donnerstag, etwa um 3 Uhr, brach über das Weipert Gebiet von neuem ein Gewitter herein, und um die zweite Nachmittagsstunde war Weipert innerhalb vierundzwanzig Stunden das vierte Gewitter bedeckt. Eine Uebersicht über die durch das Unwetter im obererzgebirgischen Grenzgebiete angerichteten Schäden ist noch nicht zu gewinnen, doch ist es zweifellos, daß die in so rascher Reihenfolge aufgetretenen Gewitter in den betroffenen Gebieten viel Unheil angerichtet haben.

Ein großzügiger Betrüger. Auf Grund eines Steckbriefes des Kreisgerichtes Wiener-Neustadt verhaftete die Wiener Wirtschaftspolizei den aus Hodonin gebürtigen Direktor Gustav Marek und übergab ihn dem Landesgericht. Marek hatte sich, ohne selbst Geld zu besitzen, in großzügige Unternehmungen eingelassen und eine Reihe vertrauensvoller Personen, welche ihm ihr Geld anvertrauten, um Beträge von etwa 400.000 Schilling gebracht. Marek war bis vor kurzem Direktor der städtischen Bäder in Baden bei Wien. Bei einer Revision zeigte sich in der Bäderverwaltung ein Abgang von 300.000 bis 400.000 Schilling. Diesen Abgang haben Marek und sein Nachfolger Simon verschuldet: Simon wurde gleichfalls verhaftet.

Die Dameremonstration der Veteranen. Der Senat und das Repräsentantenhaus in Washington haben die vom Präsidenten Hoover angeforderten 100.000 Dollars zwecks Heimförderung der ehemaligen Frontsoldaten die nach Washington gekommen waren, um die Auszahlung der sogenannten Kriegsböns zu erwirken, genehmigt. Die „Armee“ der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die in der Hauptstadt ihr Lager aufgeschlagen haben, ruft bei den Behörden Befürchtungen hervor. Seit dem Augenblick, da der Senat den Gesekentwurf betreffend Unterstützung für die Kriegsveteranen abgelehnt hatte, harrten diese unnachgiebig in Washington, ohne jedoch die Ordnung zu stören.

Die Flieger Griffin und Mattern sind etwa 80 km von Winsk entfernt mit ihrem Flugzeug verunglückt. Das Flugzeug ist beschädigt. Die Flieger scheinen die Herrschaft über den Apparat verloren zu haben, der der Steuerung nicht mehr gehorchte. Sie sind bei ihrer Notlandung mit einigen Querschnitten davon gekommen.

Berliner Polizeioberleutnant ermordet? In seinem Dienstzimmer in der Inspektion Wilmersdorf wurde Freitag vormittags der Polizeioberleutnant Waß mit einem schweren Kopfschuß aufgefunden. Waß ist nachmittags seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Untersuchung des Falles hat bisher noch keine Gewißheit darüber ergeben, wie sich das Unglück ereignet hat.

Nazi-Weiblichkeit. SPD, Berlin schreibt: Der Wahn des Militarismus hat die Frauen des Bürgerturns gepackt. Während die MA in ihren Rotverordnungsjuden auf den Straßen paradiert, laufen die nationalsozialistischen Weiber in einer Art Männenuniform herum, blau mit blanken Knöpfen. Der neueste Schrei der Mode dazu besteht darin, daß sich die militärtroffen Weiber Generalsrauben anheften. So fängt es an. Und das Ende?

Von der Klassenlotterie. Die Verlosung der Gewinne der II. Klasse der 27. Kgl. Klassenlotterie wird am 14. Juli 1932 um 8 Uhr früh im Ziehungsloale der Direktion der Staatsloterien, Brog I, Kazi 4, beginnen und wird am 15. Juli 1932 auch um 8 Uhr früh fortgesetzt werden. Verlost werden im ganzen 2625 Gewinne im Gesamtbetrag von 1.461.960 K., welche den Spielern ohne Abzug ausbezahlt werden. Von höheren Gewinnen werden ausgelost: 1 Gewinn zu 130.000 K., 1 zu 60.000 K., 8 zu 20.000 K., 5 zu 10.000 K. usw. Die amtliche Verlosungsliste wird am 16. Juli 1932 erscheinen.

Ein Soldat ertrunken. Am 29. Juni nachmittags ertrank in der Militärschwimmschule in Theresienstadt der Soldat Vinzenz Such des 3. R. 42. Der Genannte, der ein guter Schwimmer war, sah auf der Stiege und wusch sich die Füße. Plötzlich stürzte er ins Wasser, verschwand in der Tiefe und wurde erst nach zwei Stunden aufgefunden.

Tod beim Spiel. In der ungarischen Gemeinde Szarvas wurden drei Kinder im Alter von neun, sechs und vier Jahren beim Spielen in der Sandgrube von herabstürzenden Sandmassen erschüttert. Als sie geborgen werden konnten, waren sie bereits tot.

Streiks in Frankreich. In der weltbekanntesten Meerschaaumpfeifen-Industrie von St. Claude im französischen Jura sind 4500 Arbeiter in den Streik getreten. Der Arbeitgeberverband hat den Kollektivvertrag gekündigt und eine 25prozentige Lohnkürzung verlangt. Einige Firmen, die sich in englischen Händen befinden und aus dem Arbeitgeberverband ausgeschieden sind, haben sich mit den Gewerkschaften auf gutlichem Wege über die Aufrechterhaltung des Kollektivvertrages und eine provisorische Lohnkürzung von 0 bis 20 Prozent, je nach den Lohnklassen, geeinigt und werden daher nicht bestreikt. Der bereits fünf Monate dauernde Streik der 8000 Schuharbeiter in Fougères ist trotz mehrerer Vermittlungsversuche der Regierung noch nicht beigelegt.

Liebestragödie. Ein junges Paar — das Mädchen 16, der Bursche kaum 24 Jahre alt — in dessen Heirat die Eltern nicht einwilligen wollten, begab sich aus Verzweiflung darüber zu einem Teich in der Nähe von Rudabanya (Ungarn). Der junge Mann stimmte ein Floß, band das Mädchen darauf fest und tötete es durch mehrere Messerschläge, um dann auch seinem Leben durch einen Herzstich ein Ende zu machen. Beide wurden erst am nächsten Tage auf dem treibenden Floße aufgefunden.

„Berg des Schreckens“. Die deutsch-amerikanische Himalaja-Expedition, die Ende April von München aufbrach, hat mit der Besteigung des Ranga Parbat begonnen. Der Ranga Parbat, bei den Eingeborenen in Erinnerung an die vielen Opfer, die er forderte, auch „Berg des Schreckens“ genannt, ist 8160 Meter hoch. In Begleitung der von dem Münchener Alpinisten Willi Nerfel geleiteten Expedition befinden sich 200 Kulis.

Martoni wurde eingeladen, in Shanghai die größte Radiostation Chinas zu errichten, die eine Stärke von 60.000 KW. besitzen und damit die stärkste Radiostation des Fernen Ostens sein wird. Die Baukosten werden auf eine Million chinesischer Silberkabel geschätzt.

Was Proletariern in der Tschekoslowakei passieren kann?

Aus einem nordmährischen Gewerkschaftssekretariat wird uns geschrieben:

Bestimmlich bringt es die große Arbeitslosigkeit in Deutschland mit sich, daß sehr viele junge Arbeiter das Rängel schnürten und sich die Welt ansehen, und doch hoffen, irgendwo im Ausland Arbeit finden zu können. Täglich besuchen solche Wanderlustige die Gewerkschaftssekretariate und begehren dort ihre lange Reiseunterstützung, auf die sie nach den internationalen Vereinbarungen Anspruch haben.

Am Donnerstag, den 30. Juni, kamen zwei solche Wanderburschen auch nach Tschekisch-Teschen. Da zum Besuche der Sekretariate noch Zeit und eine große Dose war, ließen sie sich verzeihen, in der Maja, wo gerade viele Leute badeten, ebenfalls ein Bad zu nehmen. Doch die tschechische Herrschaft hat scharfe Augen. Ein Gendarm fragte sie nach ihren Papieren. Diese waren aber in Ordnung. Nun fragte er nach dem Zweck ihrer Anwesenheit und wozu sie leben. Auch da gaben sie ihm eine befriedigende Auskunft, indem sie sagten, daß sie doch Geld haben und im übrigen Unterstüngen ihrer Gewerkschaften bekommen. Der Gendarm hieß sie aber anziehen und auf die Wache mitkommen. Dort wurden ihnen alle Sachen aus den Taschen genommen, dann wurden sie in den Arrest gesteckt. Auf ihre Frage, warum das alles, gab man ihnen zur Antwort, daß sie das meitere schon erfahren werden.

Am nächsten Tage wurden sie dem Bezirksrichter Klaua vorgeführt. Dieser stellte wieder die Frage an sie, wozu sie hier leben. Als sie wieder dieselbe Antwort gaben, meinte der Richter, daß sie ja doch in der Tschekoslowakei vom Bettel leben und verurteilte sie zu 48 Stunden Arrest. In Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen hatten es die Leute unterlassen, dagegen Protest einzulegen. Der Richter entließ sich seiner Aufgabe, sie auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, in der Art, daß er ihnen sagte, ein Rekurs hätte die Folge, daß sie noch wochenlang warten müßten, worauf die Genossen erklärten, die Strafe anzunehmen, um schneller von der unangenehmen Sache loszukommen. Man führte sie nun in das Kreisgerichtsgefängnis, wo sie ihre 48 Stunden abdrummen. Als sie sich nach Abkündigung dieser Strafe entfernen wollten, kam aber die übliche Gendarmrie neuerlich, nahm sie in Empfang und händigte ihnen einen Ausweisungsbefehl der politischen Behörde, also der dortigen Staatspolizei, ein. Am Schluß wurden sie sofort an die Grenze gebracht.

Nach diesem Mos sind sie für alle Zeiten aus der Republik ausgeschlossen, und eine Wiederkehr würde strenger bestraft. Wenn man fragt, weshalb hier eine so drakonische Maßregel verhängt wird, so lautet die Antwort nur: „Es hat sich um Arbeitslose gehandelt.“ Nun sind aber Arbeitslose auch hier nicht vogelfrei und auch für sie gelten die bestehenden Gesetze, die nicht willkürlich bei ihnen angewendet werden dürfen. Ein Schuhmacher, der unter den Einzelgiperrten war, kam von Nürnberg über Aulsga und Prag und hat nirgends um Unterstützung angeprochen, als nur bei seinen zuständigen Organisationen. Wenn diese Praxis der Gerichte eintritt, dann hört sich alles auf, dann hat die Unterstützungseinrichtung der Gewerkschaften ihren Zweck verloren. Dabei muß man bemerken, mit welcher Fixität die Gerichte und politischen Behörden in solchen Fällen

zusammenarbeiten. Am Donnerstag wurden fünf Mann verhaftet, gleichzeitig verurteilt, in den Arrest gesteckt und am Samstag bereits auf eigene Kosten bei Oberberg über die Grenze gesteckt. In anderen Fällen vermisst man diese Schnelligkeit des Amtshandelns oft sehr schmerzhaft!

Noch empörender ist, daß die Leute auch noch Hunger leiden mußten. Am Tage der Entlassung aus dem Arrest hatten die andern Häftlinge um 7 Uhr früh ihr Frühstück, während man die „Abgeschübler“ mit hungrigem Magen um 9 Uhr auf den Schub brachte, wobei sie noch aus eigener Tasche ein Auto nach Oberberg bezahlen mußten.

Gibt es neue Giftgase?

Von G. B.

Aus Genf wird berichtet, daß der Luftfahrt-Ausschuß der Abrüstungskonferenz zwei Anträge abgelehnt hat, deren Annahme unbedingt nötig für den erfolgreichen Fortgang der Konferenz gewesen wäre. Beide Anträge waren von deutscher Seite gestellt. Der erste, über den am 18. Mai abgestimmt wurde, verlangte die Abschaffung der militärischen Flugzeuge und Luftschiffe; der zweite, am 23. Mai abgelehnt, die Erklärung aller Abwehrmittel aus der Luft als Angriffswaffen und damit ihr Verbot. Durch die Ablehnung hat die große Mehrheit der vertretenen Regierungen die Entschlossenheit kundgetan, an den barbarischsten und mörderischsten Kriegsmitteln aller Zeiten festzuhalten; und dies, obwohl der Charakter beider Waffenarten als ausgeprägter Angriffswaffen in Fachkreisen allgemein anerkannt ist, sie zur Verteidigung ganz ungeeignet sind, und obwohl durch die Gegenmaßnahmen des Feindes die Bevölkerung der eigenen Städte und Industrieorte der äußersten Gefahr ohne wirksamen Schutz preisgegeben ist.

Dadurch sind die Schicksalsfragen der städtischen und industriellen Bevölkerung wieder in höchstem Maße aktuell geworden, dieselben Fragen, welche schon die Kriegsgegnertagung zu Frankfurt am Main vom Jänner 1929 und die internationalen Tagungen des Roten Kreuzes zu Brüssel im Jänner 1928 und zu Rom im April 1929 beschäftigt haben. Die Frage: soll man den bedrohten Staaten empfehlen, sich gegen die Gefahren solcher Angriffe planmäßig zu schützen? wurde in Frankfurt richtig dahin beantwortet, daß es einen wirksamen Schutz der Städte gegen Luftangriffe nicht gibt und nur durch völlige Abschaffung des Krieges die unerhörte Gefahr abgewendet werden kann. Das Rote Kreuz hingegen bemühte sich, alle gangbaren Wege zum „Massen-Gaschutz“ auszuarbeiten; am Schluß hielt es immerhin eine „grundfähliche Erklärung“ für nötig, wonach der chemische Luftkrieg die furchtbare Bevölkerung trotz aller Schutzmaßnahmen den größten Katastrophen aussetzen könnte und es daher notwendiger als je wäre, daß er durch das Völkerrecht verboten werde. Die Arbeit des Roten Kreuzes bedeutete eben „das vergebliche Ringen des Menschengottes mit einem der Natur der Sache nach unlösbaren Problem“ (Woker). Es ist unmöglich, den Schutz der städtischen Bevölkerung vor Luftangriffen auch nur entfernt sicherzustellen. Wohl hat man in mehreren Staaten, so besonders in Polen und in Rußland, ernstlich begonnen, diesen „Massen-Gaschutz“ zu organisieren, hat z. B. in Polen die Eisenbahner und die Feuerwehren für die Verteidigung gegen Luftangriffe ausgebildet, und zwar unter militärischer Leitung; macht in Rußland intensivste Propaganda für diese Verteidigung und hat in Leningrad, wie berichtet wird, bereits die Gasmaske als allgemeines Hausgerät eingeführt; veranstaltet in Frankreich, Italien, England große Flugmanöver usw. Die Bevölkerung soll mit dem Gedanken an mögliche Luftangriffe vertraut gemacht und zum richtigen Verhalten erzogen werden. Mit welchem Erfolg, das läßt sich nach den tschechoslowakischen Luftmanövern voraussehen. Die Schutzeinrichtungen, welche das Rote Kreuz empfahl, fehlen so gut wie alle, ihre Schaffung bedeutet eine unlösbare Finanzfrage. Den ganz dilettantischen Vorschlägen, die doch noch möglich sind, steht andererseits die Bevölkerung ungläubig gegenüber; sie glaubt einfach nicht, daß es den hochweisen Regierungen je mit solchem Wahnsinn ernst werden könnte.

Ein Beispiel über die technische Undurchführbarkeit dieses Schutzes sei hier berichtet. In Brüssel wurden die chemischen Fachmänner befragt: wie man die Anwesenheit des gefährlichsten Giftgases, des Apyrits oder Senfgases, welches nicht nur die Atemwege verdirbt, sondern die ganze Körperhaut in tödlicher Weise angreift, erkennen kann. Denn wenn man das Gas nicht wahrnehmen kann, während es, eingeatmet, schon den Tod bewirkt — wie soll man sich vor ihm schützen? Der Erfolg der Umfrage war — ein Preisaus schreiben auf ein Mittel zur Erkennung des Senfgases in der Luft. Der Preis betrug 100.000 Schweizer Franken, also etwa 650.000 Tschechenkronen. Ein Preisrichter-Komitee von 5 der hervorragendsten Fachmänner (je einem Deutschen, Franzosen, Engländer, Belgier und Schweizer) hatte über die Verleihung zu entscheiden. Es trat am 3. April 1931 in Paris zusammen, prüfte die eingelaufenen Arbeiten und stellte fest: Keine

Wir möchten das Geschrei in den tschechoslowakischen Zeitungen hören, wenn es unseren Reichsbürgern drüber auch so erginge! Wogegen wir aber ganz entschieden protestieren müssen, ist, daß man den Leuten keine richtige Rechtsbelehrung gibt und eine Strafe rechtskräftig werden läßt, indem man sie den Leuten als Vorteil einredet. In anderen Fällen ist die Leichter Lustig durchaus nicht so feind. Das haben uns die Fälle des Kaschiers der Staatsbahn mit der Millionenunter-schlugung, die großen Schmuggleraffären und die ununterbrochenen Raubüberfälle in diesem Gebiete gezeigt. Aber gegen Proletarier, ja Bauer, das ist etwas anderes.

Der Einwendungen entspreche den Bedingungen, der Preis könne daher nicht verliehen werden. Die Erkennung kleiner Mengen von Senfgas in der Luft, außerhalb eines chemischen Laboratoriums und durch Nicht-Spezialisten, sei ein äußerst schwieriges Problem, seine Lösung scheine noch in weiter Ferne zu liegen. — Die fünf Fachmänner haben sich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit unbefragt ihre Ueberzeugung auszusprechen: ein neuer Krieg werde mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft und der Technik geführt werden, er werde die Zivilbevölkerung nicht schonen und sogar die Zivilisation selbst in Gefahr bringen. — Das waren nicht etwa Pazifisten, die so sprachen. Der deutsche Sachverständige z. B., der Berliner Chemieprofessor Fritz Haber, gilt vielen als der eigentliche „Vater des Gaskrieges“, nämlich als den Urheber der ersten Gasangriffe im Weltkrieg. Und nun vergleiche man die Beschlüsse dieser Männer und vergleiche den obigen Beschluß des Roten Kreuzes, das gleichfalls nicht pazifistisch eingestellt ist, und das ein völkerrechtliches Verbot des chemischen Luftkrieges verlangt, mit den letzten Genfer Beschlüssen; und man wird einen Begriff davon bekommen, welche famose Abrüstungskonferenz da beisammen ist.

Nun haben die erwähnten fünf Fachmänner noch eine Erklärung beschlossen, die speziell den Schutz der Atmungsorgane vor dem Senfgas betrifft. Sie lautet dahin, daß die Reinigung der mit Apyrit durchsetzten Luft ein gelöstes Problem ist. Alle Länder verfügen heute über Filtervorrichtungen der Gasmasken, die das Apyrit und gleichzeitig alle anderen Kampfgase verschlucken. Das heißt also: wenn man in jedem Augenblick, wo das Vorhandensein von Giftgasen in der Luft möglich erscheint, die richtige Gasmaske richtig über dem Gesicht hat, dann sind die Atmungsorgane geschützt. — Aber der übri-gige Körper? Die Erfahrungen mit den Schutzgasen gegen „blasenzerstörende“ Gase, in erster Linie das Senfgas, sind sehr ungünstig. Diese Anzüge sind kostspielig, sehr lästig und in der Hitze nahezu unerträglich.

Dazu aber kommen noch andere Dinge. Die Gase, welche im April 1931 bekannt waren, müssen nicht die gleichen sein, die in einem künftigen Krieg gleich zu Anfang in Verwendung treten. Man kann erstens seit kurzem die giftigsten von ihnen, z. B. Phosgen, in solcher Form verwenden, daß sie die Gasmasken durchschlagen. Das gelingt durch Bindung des Gases an einen Nebel, d. h. durch seine Mischung mit einer Flüssigkeit, die bei der Explosion der Gasbombe nicht verdampft, sondern nur zu feinsten Tröpfchen verstäubt, die das Gift auflösen und ihrerseits die Eigenschaft besitzen, zum Unterschied von Gasen, die Filterbüchsen der Gasmaske zu durchdringen.

Und noch eine weitere Frage ist zu stellen, die von den fünf Gelehrten beiseite gelassen wurde. Gibt es nicht Gase, die ihnen noch unbekannt waren, weil sie, neu entdeckt, in den Gasarsenalen der rüstenden Staaten geheim gehalten werden? Gase, welche auch durch aktive Holzholze, das Universalmittel der Gasmasken-Filter, durchschlagen, oder die auf die Haut verderblich einwirken, stärker vielleicht als das gefährlichste Senfgas? Hören wir darüber die maßgebenden Fachmänner, so sind ihre Meinungen wie in vielen so unstrittenen Fragen sehr geteilt. Meint der eine (Hanslian), „es sei viel richtiger und eine gebotene Vorsicht, diese Möglichkeit zuzugestehen“, so sagt ein besonders militaristisch eingestellter (N. Meyer in Breslau), es handle sich „wohl durchwegs um Wünsche und Uebertreibungen“. Die gewichtigste fachmännische Stimme auf pazifistischer Seite, die der Frau Professor Woker in Bern, geht dahin, daß es sowohl neue stärkste Gifte gibt, die die Gasmaske passieren, so wie das seinerzeitige, nicht sehr giftige „Plaukreuzgas“ der deutschen Armee, als auch neue hauttägende Kampfgifte von heftigster Wirkung; so jene Weiverbindung, bei deren Erzeugung im amerikanischen Staate New Jersey alle 38 Arbeiter der Fabrik das Leben einbühten. Im Jahre 1925 starb der Londoner Chemieprofessor Devron bei der Arbeit mit einem selbstgefundenen Kampfstoff. Amerikaner und Russen rühmen sich des Besitzes neuer, unbekannter Kampfgase von nie gekannter Giftigkeit.

Man sieht aus allem: Ueberausdauern auf dem Gebiet der Kriegschemie sind im Falle eines neuen Krieges zwischen den „modernen“ „Kulturstaaten“ höchst wahrscheinlich. Die Wissenschaft vermag aber Gifte von einer so vernichtenden Wirkung zu liefern, daß sie nur einer reiferen Menschheit in die Hände kommen dür-

**Genossen! Ihr müßt un-
ausgeseht / a r
Die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.
Setzt euch überall für unsere Parteipresse
ein. In das Heim des Arbeiters gehört die
Arbeiterpresse. Darum,
Genossen u. Genossinnen
agitiert**

ten, als es die heutige ist. Man hat darum die menschliche Gesellschaft von heute, die diese Ver-nichtungsmittel besitzt und dabei den Kriegszün-deleien kein Ende macht, mit einem Rinde ver-glichen, das mit Jüchdhölzern in einem vollen Heuschuber allein gelassen wurde. Die Hoffnung, die viele schon vor dem Kriege hegten: daß die Furchtbarkeit der modernen Waffen Kriege über-haupt unmöglich machen würde, diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen, solange die Völker sich nicht besser ihrer inneren Feinde Militarismus, Rüstungskapital und politische Re-aktion erwehren können. Genf zeigt dies mit aller wünschenswerten Deutlichkeit. Nur eine gründliche Aenderung der Machtverhältnisse im Völkerbund, nur das maßgebende Eingreifen der Vertreter der Werktätigen und ihr Sieg über die moderne Barbarei des Militarismus kann zur Schicksalswende der Kulturvölker, kann zu ihrer Befriedung führen.

**Gerichtssaal
Das Schandgewerbe**

von Gnaden des § 144.

Prag, 8. Juli. Die literarische Presse hat anlässlich des Gelegenheitsstückes über die Reform der Verbreitungspatographen den von oben vorgeschriebenen Todschaftsanfall erlitten. Die Aus-schlüsse dieser Blätter übersteigen die Erwartun-gen des schwärzesten Pessimisten und zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, was die „christlichen“ Macher dieser Presse ihren Kleinbürgerlichen Lesern an Gefühlsroheit und antisozialer Demagogie zu-muten dürfen. Kein Wort des Tadels fällt über die gewissen Luxusjanatorien, wo die Töch-ter und Frauen der oberen Schich-ten sich ihrer legitimen oder illegitimen Nachkommenschaft zu entledigen pflegen. Aber alle Verdammnis des Himmels wird von diesen Mä-tern über die Proletarierin herabgerufen, die, gehet von der Sorge um tägliche Brot und den sogenannten Ehrbegriffen einer durch und durch verlogenen Bürgermoral zu der „Hel-ferin“ flüchten. In einer Helferin, deren „Hilfe“ in erschreckend vielen Fällen mit dem Tod der Hilfesuchenden bezahlt wird.

Heute wurde abermals ein Fall von Fruchtab-reibung vor dem hiesigen Kreisgericht verhandelt. Angeklagte waren ein 18jähriges Mädchen, ihr Ge-liebter und eine Hebamme des Verbrechens nach § 144. Die Details sind die üblichen. Bemerkens-wert bleibt die Feststellung der Anklage, daß die angeklagte Hebamme der verstorbenen hilfesuchenden Klientin lachend sagte: „Ach Gott, zu mir kommen viele Frauen mit solchen Sachen.“ Der Eingriff wurde mit einem schmutzigen Draht vorgenommen. „Un-hygienisch und unschmännlich“ sagt, wie stets, der ärztliche Bericht. Die Folgen waren schwer. Bauchfellentzündung, Opera-tion und langes qualvolles Krankenlager. Diese Patientin hat noch Glück gehabt. Sonst läge sie heute nicht auf der Anklagebank, sondern läge zwei Meter unter der Erde.

Alle Angeklagten wurden zu drei Monaten Kerker verurteilt. Dem Mädchen und ihrem Ge-liebten, dessen Schuld in der Vorstrafe der 600 Kronen bestand, die eine solche „Operation“ kostet, wurde die Strafe bedingt zurkannt, die Hebamme wurde unbedingt verurteilt.

Sie wird die Strafe verschmerzen und weiter „arbeiten“. Kein schlechtes Geschäft — 600 K für den Eingriff! Was Wunder, wenn diese Weiber ihr eigenes Auto haben? Sie können den „Christen“ dankbar sein, die sich so rührend bemühen, dem Schandgewerbe seinen Nährboden zu erhalten, nämlich den § 144. rb.

Der ausgeräumte Einbrecher.

Mittelalterliche Fahndungsmethoden der Prager Polizei.

Prag, 8. Juli. Vor dem Senat des OGH. Klaukel stand heute der Einbrecher Rudolf Stalicky. Er war vom Keller aus in den Rassenraum der Firma Tely in Smichow ein-gedrungen und hatte die Kasse geklündert. Zum Großteil fiel ihm Metallgeld in die Hände, mit dem er seine Rodtaschen füllte. Er wurde vom Hausmeister aufgefunden und verurteilt durch den Schornstein zu entfliehen. (Es ist zu bemerken, daß das betreffende Gebäude ein altertümliches Haus mit breiter Kamin-führung ist.)

Der Einbrecher blieb im Ramin stecken. In-zwischen war Polizei, Feuerwehr und Sanitätsmannschaft angerückt und man griff zu einem — gelinde gesagt — äußerst radikalen Mittel, um des Verbrechens habhaft zu werden. Man machte Feuer im Ofen an, so daß der Einbrecher halb erstarrt herabfiel. Er hat Ver-brennungen dritten Grades erlitten und die Ärzte gaben ihn auf. Trotzdem wurde er gelind und befand sich heute auf der Anklagebank. Er ist vollkommen von Brandnarben zer-fressen und gleicht einem Sphyllis-ter im dritten Stadium. Der Anblick diese Menschen ist graulich.

Er wurde zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. rb.

**Centralbank der deutschen Sparkassen
in der Tschechoslowakischen Republik.**
Hauptstadt: Prag II., Bredauergasse 14.
Zweigniederlassungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Teschen,
Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und
Gemeinden.
1427

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Abstinenz, Ortsgruppe Groß-Prag.
Die Proger abstinente Genossen und Genossinnen
veranstalten am 10. Juli einen Tagesausflug
nach Černošice bei Dobruška. (Lohnender
einstündiger Fußmarsch durch schönen Wald.)
Treffpunkt: Sonntag früh um halb
8 Uhr Abfahrtschalle Smichov. Fahr-
hof. Die abstinente Genossen und Genossinnen
haben vollständig zu erscheinen. Gäste zu diesem im
Zeichen der Alkoholabstinenz stehenden Ausfluge sind
willkommen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ausstellungsblatt der deutschen Frauen-Fachschulen.
Die Vereinigung deutscher Lehrkräfte in Fachschulen
für Frauenberufe in der Tschechoslowakischen Repu-
blik, mit dem Sitz in Mähr.-Ostrow, Mühlgasse 1,
hat zum Zwecke unentgeltlicher Berufsberatung für
Mädchen ein Merkblatt herausgegeben, das von der
Geschäftsleitung kostenfrei erhältlich ist. 1694

Sport • Spiel • Körperpflege

Sozialismus und Körperkultur.

An einem einzigen Beispiel soll der gewaltige
Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer
Politik dargelegt werden. Die sozialdemokratische
Gemeinde Wien hat in den letzten zehn Jahren
zur Förderung des Sportes insgesamt 9.006.000
Schilling ausgegeben. Davon hat der Bau des Stadi-
ons 6.000.000 Schilling, die Errichtung von sechs
Sportplätze 300.000 Schilling, der Ausbau vieler
Sportplätze 60.000 Schilling und der Bau von drei
Turnhallen 376.000 Schilling, die Errichtung von
22 Jugendspielplätzen, von denen zwölf Eislaufplätze
sind, 522.000 Schilling, die Instandhaltung dieser
Plätze 650.000 Schilling und die Subventionierung
aller Sportvereine 568.000 Schilling erfordert.

Außerdem hat die Gemeinde Wien 720.000
Quadratmeter Gemeindegrund den Sportvereinen
zur Verfügung gestellt, auf denen 33 Sportplätze er-
richtet wurden. Ferner hat die Gemeinde 22 Kin-
derplanschbäder errichtet, die von anderthalb Mil-
lionen Kindern besucht waren. Das Bäderwesen
hat unter der sozialdemokratischen Verwaltung einen
riesigen Aufschwung genommen. Mehr als zehn
Millionen Menschen haben jährlich in den städtischen
Badeanstalten.

Während aber die sozialdemokratische Gemeinde-
verwaltung alljährlich 75.000 Schilling Subventionen
an die Sp. Vereine ausgibt, hat die christlichsoziale
Regierung im letzten Jahre an die Sportverbände
von ganz Österreich nur 64.000 Schilling verteilt,
wovon der Arbeiterbund für Sport und Körperkul-
tur (ASKÖ), der in Wien fast die Hälfte aller Sport-
ler umfaßt, ganze 2000 Schilling erhalten hat! Wäh-
rend aber die bürgerliche Regierung im Jahre 1930
lediglich 64.000 Schilling für den Körpersport ver-
ausgab hat, hat sie in der gleichen Zeit nicht weni-
ger als 2.072.000 Schilling für den Pferdesport ver-
wendet! Die alten aristokratischen Geplagenheiten
werden also in der Republik trotz aller Not unserer
Tage von der Bürgerregierung getren fortgesetzt.
Erst eine unter dem Einfluß der Sozialdemokratie
stehende Regierung wird mit diesen schändlichen Din-
gen Schluß machen!

Die Frau im Arbeitersport. An der Bundes-
schule des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbun-
des in Leipzig wird vom 4. bis 16. Juli ein Lehr-
gang von internationaler Bedeutung für Techniker
im Frauenturnen abgehalten. Von den 32 Teilneh-
mern sind nur sieben männliche Amtswalter; auch
ein Beweis dafür, daß den Frauen im Arbeiter-
sport volle Entfaltungsmöglichkeiten für ihr techni-
sches und geistiges Können gegeben ist, und daß sie
es verstehen, sich durchzusetzen. Die Leitung des
Lehrganges liegt mit in den Händen der Vorsitzen-
den des Frauenausschusses der Sozialistischen Ar-
beiter-Sport-Internationale, Suder (Leipzig).

Bürgerlicher Sport.

Was nun? Donnerstag vergangener Woche hielt
in Karlsbad das Mitropacup-Komitee eine Sitzung
ab. U. a. befaßte man sich mit den Schutzmaßnah-
men für Schiedsrichter und Spieler. Es wurde dar-
über viel debattiert, wobei hauptsächlich (!) die Vor-
gänge am Spartaplatz bei Bologna-Sparta zur

Sprache kamen. Man rang sich schließlich zu dem
Entschluß durch, die geeigneten Maßnahmen den
einzelnen Verbänden zu überlassen, doch könne das
Mitropacup-Komitee in Zukunft keinen Spiel-
platz mehr zulassen, bei welchem nicht Sicherheiten
für unbedingten Spieler- und Schiedsrichterschutz ge-

geben seien. — Vielleicht entschließt sich der tschecho-
slowakische Fußballverband zu der vom „B. T.“ wie-
dergegebenen belgischen Form: Spielplätze mit
tiefem Groben und Stacheldrahtwerk ringsum —
das wäre doch ein würdiger Rahmen für bür-
gerliche Großspiele! . . .

Wandern und Schauen.

Nichts dient der Erweiterung der Kennt-
nisse auf den verschiedenen Gebieten der Wirt-
schaft, Kunst und der Kultur so als wandern
und sehen. Wenn im Mittelalter das Handwerk
in so hoher Blüte stand, dann war die Tüchtig-
keit der einzelnen Handwerker vor allem auf
die große Schule zurückzuführen, die er wäh-
rend seiner Wanderzeit absolviert hatte. Man
wachte damals sehr gut, wie wichtig das Wan-
dern für die Erweiterung der Berufskenntnisse
sei und verpflichtete jeden Gesellen einige Jahre
auf der Wanderschaft zuzubringen. Dabei lernte
er Land und Leute, Sitten und Gebräuche ken-
nen und nicht zuletzt auch die verschiedenen Ar-
beitsmethoden, Arbeitsmittel und Erzeugnisse,
in Land und Stadt, die er bereiste.

Die „goldene“ Zeit des Handwerkes ist
längst vorbei, aber gewandert wird immer noch.
Nicht nur von den Gesellen, sondern heute von
allen Menschen, die wissen, wie wohltuend und
befruchtend Wandern auf Körper und Geist
wirkt. Die Formen sind zwar etwas anders ge-
worden, der Zweck beim Wandern ist der gleiche
geblieben. So wie früher der junge Mensch
zum Tore seines Städtchens hinausging, so geht
der junge Bursch — und was noch wichtiger
ist — auch das Mädchen, das früher nicht das
große Glück des Wanderns kennen lernte, mit
hin aus. Nicht immer auf Schusters Rappen
sondern mehr mit der Eisenbahn, aber doch um
des gleichen Zieles willen. Man wandert um
sich seine Gesundheit zu sichern, sie zurückzu-
gewinnen, sie zu stärken. Aber der Hauptzweck ist
doch, fremdes Land zu sehen, mit allem was
es bietet.

Das was der Mensch ständig um sich sieht,
die Gestalt der Natur, die Menschen, die Pflan-
zen und die Wasser, wirken selten in dem Maße
auf ihn ein, wie nie geschautes Land, seine
Schönheiten und seine Menschen. Achlos geht
man in der Heimat an Baum und Strauch vor-
bei. Alles ist Gewohnheit geworden, Dinge,
über die man hinwegsieht. Draußen aber ist

alles neu. Was man sieht, interessiert; zieht an.
Der Mensch sieht überall Wunder in der Natur,
die er zu Hause vermißt. Der fremde Busch
und die Heide, die Quelle und der Berg, zwingen
ihn zu andächtigem Bestimmen. Er sucht nach
jeder Pflanze, nach jeder Blume, von der er
irgend einmal hörte. Hier interessiert er sich für
die Gesteinsmassen, hier sucht er nach dem An-
blick von Tieren. Die Menschen und ihre Klei-
dung, ihre Sprache, Sitten und Gebräuche,
bringen ihm soviel Neues, soviel was ihm zur
Übernahme wert scheint, daß er sich ständig
damit beschäftigt.

Das fremde Lied wird ihm Genuß, jeder
Brunnen und jedes alte Gebäude vermittelt ihm
ein Stück Geschichte des Landes auf dem er sich
befindet. Hier sucht er nach allen Merkmalen
aus früherer Zeit, hier durchwandert er Museen,
hier forscht er nach öffentlichen Gebäuden, hier
sucht er alle sozialen und gesellschaftlichen Ein-
richtungen kennen zu lernen, hier interessiert
ihn jedes Hilfsmittel im Leben und im Verkehr
der Menschen, vom Müllwagen angefangen bis
zum modernen Sanitätsauto. Alles Dinge, um
die er sich zu Hause wenig, oder doch nicht im
besonderen Maße kümmert.

So wird für ihn die Zeit seiner Wan-
derung nicht nur zu einer Periode körperlicher
Erfolung, sondern vor allem großer geistiger
Vereicherung. Ganz gleich auf welchem Gebiete
er tätig ist, ob er in Werkstatt, im Büro tätig
ist, ob er Handwerker ist oder im öffentlichen
Dienste steht. Er lernt in der Fremde und ver-
sucht, das was er gesehen, was er gehört hat, in
seinem Arbeitskreise zu verwerten. So wird die
moderne Wanderschaft, genau so wie die Wan-
derjahre des Handwerksgehilfen des Mittelalters
eine Quelle aus der man Wissen und Erfah-
rung schöpft. Wissen und Erfahrung, die in die
Praxis umgewertet, zu großen Werten im Leben
werden. Deshalb ist wandern nicht nur Lust und
Freude und Erlebnis, sondern notwendiges Mit-
tel im Aufstieg der Menschheit in Wirtschaft
und Kultur.

**Der Film
Kinoommer.**

Das entsefelte Afrika. Nach dem Schreck der
Zsolowische Verbrechen die Prager Kinos ihr schmales
Bild mit Reprisen. Besondere Beachtung verdient
vor allem der im Bildlichen überraschend geklärt
Afrikafilm „Das entsefelte Afrika“; wie
schon so oft, schimmert und löst der afrikanische
Urwald mit seinem Scheinbar für den Kinooperateur
bereitgehaltenen kleinen Grauszenen, ebenso wie die
unendliche Steppe, die uns jetzt von der Straße
über die Pyäne bis zum gierigen Kasgeier gleicher-
weise bekannt ist. Es gibt eben sozusagen schon einen
Afrikafilm der Reportagefilme, die mit einigem Hoffi-
nement immer wieder zu paden und zu interessieren
wissen. Daß die bisherigen amerikanischen und euro-
päischen Regisseure und Operateure ohne eine
lächerliche Scheinhandlung nicht auszukommen
glaubten, hindert die wertvolle Belehrung nicht, die
durch diese Filme vermittelt wird. Allerdings muß
immer wieder betont werden, daß noch in keinem
Film der schandbare Imperialismus der
Kolonialmächte, ihre direkt unmenschliche
Arbeit in der Unterdrückung der schwarzen Rasse
auch nur angedeutet werden durfte, und nur dem
marxistisch gekulten Auge wird es genügen, wenn
es dokumentarisch im kapitalistischen Film sieht, wie
hundeelend die Eingeborenen neben der weißen Er-
obererklasse und ihrem Luxus haufen müssen.

Alkoholismus und Prostitution. Man muß
von allem Anfang bedenken, daß diese Art von Fil-
men unter der offenen Diktatur einer lächerlich
rückwärtlichen Zensur zusammengeleitet werden
müssen. Jedem, der auch nur einigermaßen diese
Linie der garantierten Geistesfreiheit verfolgt hat,
wird von allem Anfang klar sein müssen, daß diese
Probleme im Film ebensowenig wie im Radio wer-
den offen bearbeitet werden können. Weiter sind es
natürlich Idealisten, die zu solcher Produktion zu-
gelassen werden, und nicht Materialisten, die auf
die gesellschaftlichen Wurzeln von Alkoholismus und
Prostitution eingehen wünschen. Erst jener Film
wird wirklichen Wert haben, der zu beiden Fragen
klar und offen vom gesellschaftlichen Standpunkt
Stellung nimmt und vor allem klarlegen wird, wie
sowohl Alkohol als auch die Frau von der herr-
schenden Klasse dazu benützt wird, die arbeitende
Menschheit weiter gedrückt zu erhalten. Denn je
weniger aufrichtig und energisch der Kampf gegen
den Teufel Alkohol wird, desto mehr wird der un-
glückliche Prolet durch dieses Gift verleidet und ver-
nichtet, je weniger persönliche Freiheit der Kapita-
lismus der arbeitenden Frau gibt, desto weniger
möglich wird die physische Befreiung des Arbei-
ters von materiellen, wie auch traditionellen Fesseln
sein. Filme, die solche Probleme vom Standpunkt
des mehr oder weniger gut orientierten Mittelschul-
lehrbuchs behandeln und mit der gleichen Schein-
heiligkeit von beiden Problemen als bedauerens-
werten, aber unvermeidlichen Übeln sprechen, ha-
ben keinen Anspruch, ernst genommen zu werden,
auch wenn sie von einem gut gemeinten Erklärungsvor-
trag begleitet sind. Man zeige die gesell-
schaftlichen Ursachen menschlicher Verkommenheit, man
verbreite sich über die Rolle, die sie im Interesse
der herrschenden Klasse spielt, dann werden diese
„Kulturfilme“ nicht vor leeren Bänken abgelieft
werden müssen. M. La.

Literatur

Ein neuer Ibanes: „Die Bobega“. Der Spa-
nier Vicente Glasco Ibanes, dessen wichtigste Ro-
mane von der Büchergilde Gutenberg herausgebracht
werden, hat in jedem seiner Bücher eine andere Ge-
gend seines Landes und eine andere soziale Schicht
dargestellt. Auf diese Weise gelang es ihm, einen
Querschnitt durch alle Klassen Spaniens zu geben.
Ibanes war ein glühender Republikaner, und er
hatte gehofft, die Ausrufung der Republik noch zu
erleben. Der Sturz der Monarchie, den er vorbe-
reiten half, ereignete sich kurze Zeit nach seinem
Tode. Dieser mutige Schriftsteller, der schon zu
seinen Lebzeiten in Spanien und in vielen anderen
Ländern eine starke Resonanz gefunden hatte, bei
uns aber erst nach dem Kriege bekannt wurde, hat
einen großen Teil seiner Romane im Gefängnis
geschrieben. Er mußte seine Propaganda für die
Republik wiederholt mit Gefängnisstrafen und Aus-
weisung büßen. Der neu erschienene Roman „Die
Bobega“, in Leinen gebunden 25 Kronen für die
Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, atmet einen
unverfälschten Hauch gegen die herr-
schende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mäch-
tigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge
und die ihnen behilfliche katholische Kirche. Ande-
rungen mit seinen von ihrem Blut und ihren Tra-
ditionen hingerissenen Zigeunern und verlotterten
Abeligen, seinen verzweifelt um Land und Brot
kämpfenden Tagelöhnern, seinen tollkühnen Schmugg-
lern und seinen Rebellen, steht bei der Lektüre die-
ses Buches packend vor uns auf. Die Erbitterung
und die Not treiben die Proletarier der Provinz
zum Aufstand, aber die schlecht vorbereitete Aktion
bricht zusammen. Wieder sinken die Entmutigten
in ihren apathischen Zustand zurück, und ihr Trost
ist der Wein, der sie ihre Lage vergessen macht.
Nur wenige halten den Kopf hoch und warten auf
die soziale Befreiung, die sie besonders von den
großen Städten und Industriearbeitern erhoffen.
Die Neuerweckung gewinnt besonders dadurch an
Wert, daß die junge spanische Republik gerade jetzt
vor die dringende Aufgabe gestellt ist, die alte For-
derung der Proletarier nach Land und Freiheit zu
erfüllen. Der Schrei nach sozialer Gerechtigkeit, der
durch den ganzen Roman „Die Bobega“ erklingt
wird nicht eher verstummen, als bis die spanische
Republik ihn erfüllt und damit ihre Existenz ge-
sichert hat.

Sanatorium Chelarzi MUDr. Magnus Wölz
Theresienbad Aorzte
Pauschalpreise Prospekte bei Teplitz-Schönau Eichwald

**Besuchet das
Alaunsee - Strandbad
KOMOTAU**
1686

Radium-Palace-Hotel
bietet auch Ihnen die Möglichkeit, die verlorene Gesund-
heit wieder zu erlangen durch die besonders ermäßigte
Radium-Pauschal-Kur 1930
Im August: Ké 2500.— für 3 Wochen; Ké 3300.— für
4 Wochen. In der Pauschal-Kur sind erstklassige Verpfle-
gung, Unterkunft, Radiumbäderkur, ärztliche Behandlung sowie
sämtliche Taxen und Abgaben inbegriffen. Nähere Aus-
kunft durch die Direktion des R. P. H. St. Joachimsthal.

**Beste, billigste Kuren
IN BAD
Teplitz-Schönau**
heisse, hochradioaktive
Thermen
für
Gicht,
Rheuma,
Ischias,
Gelenks-
Leiden

CLARY soho
Kurhotels
Teplitz
(Böhmen)
Tel. 340

Städtische
Kurhotels
Teplitz
(Böhmen)
Tel. 507

**Radiumheilbad St. Joachimsthal
bei Karlsbad.**
Einiger Ort Europas, an dem das Radium in Substanz ge-
wonnen wird. Frische Lage am Fuße des Reiterberges in näch-
ster Nähe von Karlsbad (nächste Autobusverbindungen). (Sonn-
täglich geöffnet. Heusaison von Mai bis Oktober. Wädelar-
Zentrum, Inhalation, Schreibung, Kneipen durch das Bad,
Kur- und Verlehrsamt St. Joachimsthal (Telephon 45). 5374

**Hotel Café Atlantis, Frauenbad
und Fledermaus-Bar**
1691
Inh. Rud. Kirchner.

**Bad Königswart
bei Marienbad. Autom. Tel. 4921.**
Moor-, Stahl-, Kohlensäure- und andere Bäder, Trink- u.
Heilquellen, 723 m ü. M., herrliche, geschützte Lage,
mit prächtiger Fernsicht, Schnellzugstation Eger-Prag.
Saison: Mai-September. Pauschalkuren um 1350 Ké für
21 Tage von Mitte Juni ab 15. August. Prospekte
beim Bürgermeisteramt erhältlich. 1692

**Waldsanatorium Dr. Scheinburg,
Zuckmantel - Schlesien.**
Wie wir hören, ist in dieser bekannten Anstalt, die zu
den größten und bestingerichteten der Republik gehört,
die Saison bereits in vollem Gange und sind auch bereits
für die nächsten Monate zahlreiche Anmeldungen vor-
handen. Dies ist ja auch leicht verständlich, da die Not
der Zeit an den Gesundheitszustand jedes Einzelnen
übergroße Anforderungen stellt und dadurch hervor-
gerufene Schäden in derartigen Sanatorien am besten
Heilung finden. Einen wesentlichen Anziehungspunkt
bilden die billigen Pauschalkuren, wodurch auch mit
Glücksgütern minder Gesezneten die Möglichkeit geboten
ist, für ihre Erholung und Genesung das Nötige vor-
zuziehen. 1694

**Hotel Rathaus, Neuern
im Böhmerwald.**
15 Fremdenzimmer, warm und kalt fließendes Wasser.
Neueingerrichtet! Garage, Telephon Nr. 33.
Pension von Ké 75.— bis Ké 34.— 1682

**ERHOLUNGSHAIM
Mähr.-Altstadt**
Nordmähren Seehöhe 550 m
unterhalb des Spiegeltitzer Schneoberges
Das Erholungsheim ist mit allen Anforderungen
moderner Hygiene ausgestattet — Elektro-, Hydro-,
Licht- und Inhalations-Therapie. — Diätikuren.
Verpflegungskosten Ké 30.— täglich. Bei Kassemitt-
gliedern gewährt die Zentral-Sozialversicherungs-
Anstalt 33 und 50prozentige Beiträge.
**Anmeldungen und Auskünfte erteilt
die Bez.-Krankenversicherungsanstalt
Mähr.-Schönberg.** 1683

ARNO PLAUERT
Werkzeugmaschinenfabrik
Warnsdorfi
Sämtl. Maschinen für die Metallbear-
beitung in modern-
ster erstklassiger
Ausführung. 571

Verantwortlich: Siegfried Korb. — Druckverleger: Wilhelm Richter. — Besondere Drucker: Dr. Carl Gieseler, Prag. — Druck: Korb & Co. in Brünn. — Für den Druck verantwortlich: Otto Goll, Prag. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der F. B. & Co. in Brünn mit Erlaub. Nr. 13.800/VI/1930 bewilligt. — Druckkosten: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Ké 15.—, vierteljährlich Ké 45.—, halbjährlich Ké 90.—, ganzjährig Ké 180.—. — Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei älteren Inseraten werden die Preise entsprechend herabgesetzt. — Rückzahlung von Monatsbeiträgen erfolgt nur bei Einzahlung des Monatsbeitrages.